

Landesbank Berlin Holding AG

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2010 (HGB)



Landesbank Berlin Holding AG

Jahresabschluss und Lagebericht 2010 (HGB)

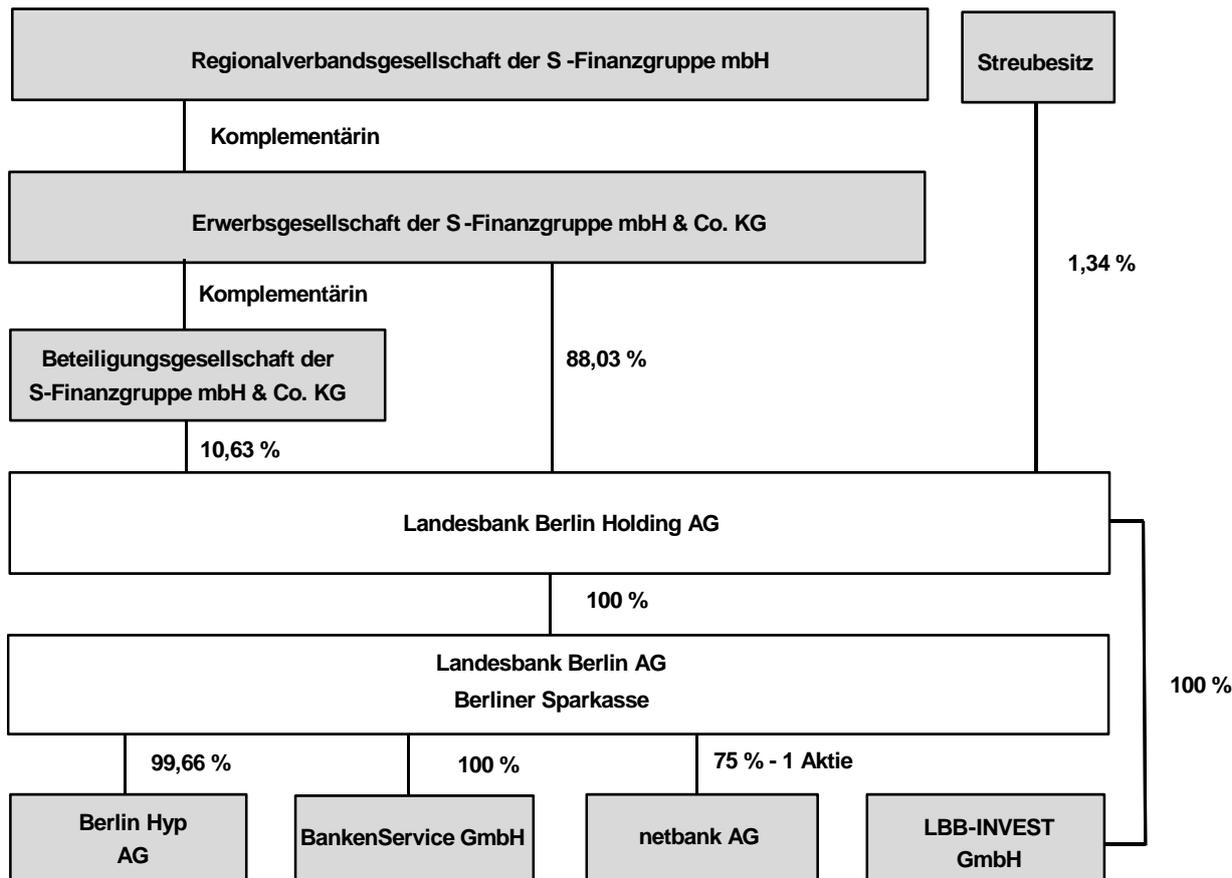
Inhalt

Lagebericht	1
Das Unternehmen im Überblick	1
Allgemeiner Verlauf im Überblick	23
Geschäftsverlauf Januar - Dezember 2010	29
Risikobericht	36
Chancen- und Prognosebericht / Ausblick	87
Jahresabschluss	96
Bilanz	96
Gewinn- und Verlustrechnung	97
Anhang	98
Anlagen zum Anhang	114
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	122
Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter	124
Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns	125
Bericht des Aufsichtsrats	126
Corporate Governance-Bericht	133

Das Unternehmen im Überblick

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Struktur der Landesbank Berlin Holding AG stellt sich zum 31. Dezember 2010 wie folgt dar:



- Die börsennotierte Aktiengesellschaft Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft der Landesbank Berlin AG mit Sitz in Berlin. Sie ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) und zu 100 % an der Landesbank Berlin AG (LBB) und der Kapitalanlagegesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) beteiligt. Mehrheitsaktionärin der Holding ist die Erwerb-gesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerb-gesellschaft) mit einer Anteilsquote von 88,03 %. Sie ist Komplementärin der Beteiligung-gesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligung-gesellschaft), die 10,63 % der Anteile hält. Insgesamt betragen die Anteile der S-Erwerb-gesellschaft einschließlich der Anteile

der S-Beteiligungsgesellschaft somit 98,66 %. In ihrer Funktion als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft übernimmt die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG) die Geschäftsführung sowohl für die S-Erwerbsgesellschaft als auch für die S-Beteiligungsgesellschaft.

- Die LBB ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG. Die LBB unterhält Niederlassungen in London und Luxemburg.
- Die LBB hält wichtige strategische Beteiligungen, insbesondere die Anteile an der BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin (BankenService), an der netbank AG (netbank) und an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp).

Die LBB hat mit dem BankenService am 26. März 2010 einen Beherrschungsvertrag im Sinne von § 291 Abs. 1 Satz 1 AktG geschlossen. Der Vertrag wurde mit Eintragung ins Handelsregister des BankenService am 2. Juli 2010 wirksam.

Im Oktober 2010 hat die LBB die von der Norddeutschen Landesbank in Höhe von 8,07 % gehaltenen Anteile an der Berlin Hyp erworben und damit ihren Anteil auf 99,66 % erhöht. Darüber hinaus nahm sie an einer Kapitalerhöhung der Berlin Hyp im Umfang von rund 100 Mio. € teil und schloss einen Ergebnisabführungsvertrag mit der Berlin Hyp. Am 9. Dezember 2010 hat die außerordentliche Hauptversammlung der Berlin Hyp dem Verlangen des Vorstands der LBB als Vertreter des Hauptaktionärs mehrheitlich zugestimmt, gemäß § 327a Absatz 1 Satz 1 AktG die Aktien der Minderheitsaktionäre der Berlin Hyp auf die Hauptaktionärin gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung zu übertragen. Nach Wirksamwerden dieses Beschlusses durch Eintragung in das Handelsregister am 25. Januar 2011 verfügt die LBB über 100 % der Anteile an der Berlin Hyp.

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist wie folgt organisiert:

Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding werden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB erbracht.

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder, das Zinsmanagement und die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge gegliedert. Die strategischen Geschäftsfelder

bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Kapitalmarkt- und dem Immobilienfinanzierungsgeschäft. Im Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Informationstechnologie, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltet die Back-Office-Dienstleistungen des Bankenservice und der Kreditbereiche der LBB. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

Landesbank Berlin			
Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft
Zinsmanagement			
Corporate Center / Marktfolge			

Vorstand und Ressortverteilung

Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG setzte sich zum 31. Dezember 2010 aus den Herren Dr. Johannes Evers und Dr. Thomas Veit zusammen. Mit Ablauf des 31. Dezember 2010 hat Herr Dr. Thomas Veit seine Vorstandsmandate bei der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG niedergelegt. Ab dem 1. Januar 2011 setzt sich der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG aus den Herren Dr. Evers und Martin K. Müller zusammen.

In der Landesbank Berlin hat Herr Patrick Tessmann seit 1. April 2010 das Ressort Private Kunden von Herrn Dr. Evers übernommen. Zum gleichen Zeitpunkt ist die Ressortzuständigkeit Personal von Herrn Dr. Veit auf Herrn Dr. Evers übergegangen. Die ehemaligen Ressorts von Herrn Dr. Veit verantworten seit 1. Januar 2011 Herr Dr. Evers (Finanzen) und Herr Hans Jürgen Kulartz (Organisation und Informationstechnologie) sowie Herr Jan Bettink (Immobilienfinanzierung), der zum 1. Januar 2011 in den Vorstand der LBB eingetreten ist.

Alle operativen Aufgaben der Holding werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind wie folgt geregelt:

Dr. Johannes Evers

(Vorsitzender)

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Private Kunden (bis 31. März 2010)

Finanzen (ab 1. Januar 2011)

Unternehmensentwicklung und Recht

Revision

Personal (ab 1. April 2010)

Dr. Thomas Veit (bis 31. Dezember 2010)

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Immobilienfinanzierung

Finanzen

Organisation

Informationstechnologie

Personal (bis 31. März 2010)

Jan Bettink (ab 1. Januar 2011)

Landesbank Berlin AG

Immobilienfinanzierung

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG

Kapitalmarktgeschäft

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG

Firmenkunden

Organisation (ab 1. Januar 2011)

Informationstechnologie (ab 1. Januar 2011)

Martin K. Müller

Landesbank Berlin Holding AG (ab 1. Januar 2011)

Landesbank Berlin AG

Risiko und Controlling

Compliance

Kreditgeschäft

Risikobetreuung

BankenService GmbH

Patrick Tessmann (ab 1. April 2010)

Landesbank Berlin AG

Private Kunden

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG haben eine Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG auf der Grundlage des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 26. Mai 2010 abgegeben.

Weiterhin hat die Gesellschaft Informationen zu Unternehmensführungspraktiken abgegeben, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen und als praktische Umsetzungen des DCGK anzusehen sind.

Zur Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise von deren Ausschüssen hat die Gesellschaft eine Beschreibung vorgenommen.

Die Gesellschaft hat von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht und die Erklärungen zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB auf der Internetseite www.lbb-holding.de veröffentlicht.

Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat

Das Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat der börsennotierten Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer 100-prozentigen Tochtergesellschaft Landesbank Berlin AG (LBB) wird im folgenden Vergütungsbericht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 26. Mai 2010 erläutert. Die zusammengefasste Darstellung erfolgt aus Gründen der Transparenz und im Interesse der besseren Übersichtlichkeit für beide Gesellschaften in einem Bericht. Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Alle operativen Aufgaben, mit Ausnahme der Grundfragen der Unternehmenspolitik und der Beteiligungsrechte, werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags von der LBB wahrgenommen. Die Mitglieder des Vorstands der Holding sind zugleich Mitglieder des Vorstands der LBB. Die Aufsichtsratsgremien der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt Struktur und Höhe der Vorstandsbezüge dar. Des Weiteren werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

Vergütung des Vorstands

Die Vergütung des Vorstands im Berichtszeitraum entsprach sowohl den Anforderungen des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) als auch den aufsichtsrechtlichen Anforderungen des Rundschreibens 22/2009 der BaFin vom 21. Dezember 2009 (BaFin-Rundschreiben). Eine Anpassung des Vergütungssystems an die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) ist erfolgt.

Das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente wird vom jeweiligen Aufsichtsratsplenum beschlossen und regelmäßig überprüft. Dieses ist auch für die Festlegung der individuellen Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder zuständig. Der jeweilige Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) bereitet die entsprechenden Beschlüsse des Plenums vor.

Kriterien für die Bemessung der festen und der variablen Vergütungsbestandteile sind die Aufgaben des jeweiligen Vorstandes, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtgremiums sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des von ihm verantworteten Geschäftsbereichs sowie des gesamten Unternehmens. Die Höhe der variablen Vergütung ist dabei auch davon abhängig, dass sich die erzielten Erfolge als nachhaltig erweisen. Bei der Festsetzung der Gesamtvergütung wird deren Angemessenheit anhand eines Vergleichs, der zum einen die Vergütung von Geschäftsleitern anderer deutscher Gesellschaften der Finanzbranche mit einer ähnlichen Größe und Komplexität und zum anderen das Lohn- und Gehaltsgefüge im eigenen Unternehmen einbezieht, überprüft. Die feste und die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands stehen in einem angemessenen Verhältnis zueinander, so dass von einer variablen Vergütung keine signifikante Abhängigkeit besteht, diese aber einen wirksamen Verhaltensanreiz setzen kann. Insgesamt ist das Vergütungssystem so ausgerichtet, dass negative Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risikopositionen vermieden werden.

Dem Vorstand der Holding gehörten zum 31. Dezember 2010 der Vorsitzende Herr Dr. Johannes Evers sowie Herr Dr. Thomas Veit an. Sie waren zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Dem Vorstand der LBB gehörten zum 31. Dezember 2010 darüber hinaus die Herren Serge Demolière, Hans Jürgen Kulartz, Martin K. Müller und Patrick Tessmann an.

Mit Wirkung zum 1. April 2010 wurde Herr Tessmann in den Vorstand der LBB bestellt. Herr Dr. Veit hat seine Mandate im Vorstand der Holding sowie der LBB mit Ablauf des 31. Dezember 2010 niedergelegt. Der Aufsichtsrat der Holding hat mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 Herrn Müller in den Vorstand der Holding bestellt und der Aufsichtsrat der LBB hat Herrn Jan Bettink, bis zum Ablauf des 31. Dezember 2010 Vorstandsvorsitzender der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG, mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 in den Vorstand der LBB bestellt.

Unabhängig von der organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Vorstandsdienstverträge, Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge der Vorstände der Holding mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind. Die einzelnen, sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands sind somit für alle Mitglieder des Vorstands in den mit der LBB bestehenden Dienstverträgen geregelt.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge der für beide Unternehmen tätigen Vorstandsmitglieder. Sie erhält dafür von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 T€ je Vorstandsmitglied beziehungsweise 6 T€ für den Vorstandsvorsitzenden. Entsprechend wurden im Jahr 2010 von der Holding 132 T€ (Vorjahr: 128 T€) der LBB als Aufwandsersatz erstattet.

Zugunsten der Organmitglieder der Holding und der LBB besteht eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände der Holding und der LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder war dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex zunächst ein Selbstbehalt in Höhe von drei Monatsfestgehältern vereinbart. Für die Zeit ab dem 1. Juli 2010 ist entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des § 93 Abs. 2 AktG ein Selbstbehalt von 10 Prozent des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung vereinbart worden. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

In den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands sind für ihre Bezüge folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

Feste Vergütung:

Die feste Vergütung besteht aus den erfolgsunabhängigen Vergütungsbestandteilen. Hierzu zählen das Grundgehalt, das in gleichen monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt wird (ruhegehaltstfähiges Festgehalt), und eine vertraglich festgelegte jährliche (nicht ruhegehaltstfähige) Vergütung. Diese wird den Herren Dr. Evers, Demolière, Kulartz, Müller und Dr. Veit nach Feststellung der Jahresabschlüsse der Holding und der LBB ausgezahlt. Herr Tessmann erhält das nicht ruhegehaltstfähige Festgehalt in zwölf gleichen Monatsraten. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom jeweiligen Aufsichtsrat spätestens in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit überprüft. Dabei werden die oben genannten Kriterien sowie die Preis- und Tarifsteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland herangezogen. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht nicht.

Variable Vergütung:

Die Mitglieder des Vorstands können für ihre Tätigkeit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine variable Vergütung erhalten. Über die Zahlung und ihre Höhe wird im Folgejahr durch das jeweilige Aufsichtsratsplenum nach Vorbereitung durch seinen BPS-Ausschuss Beschluss gefasst. Dabei werden die oben genannten Kriterien, insbesondere die persönliche Leistung des jeweiligen Vorstands, der Beitrag und die Entwicklung seines Ressorts und der Erfolg des Gesamtunternehmens im Betrachtungszeitraum, herangezogen.

Entsprechend den aktien- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands, beginnend mit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009, verstärkt auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet worden und hat eine mehrjährige Bemessungsgrundlage erhalten.

In einem ersten Schritt wird für das Vorstandsmitglied die individuelle Höhe der variablen Vergütung anhand des Geschäftsergebnisses, der Situation und Entwicklung des vom Vorstandsmitglied verantworteten Ressorts, seiner Aufgaben und seiner persönlichen Leistungen, der Lage der Gesellschaft und des Konzerns sowie unter Beachtung etwaiger Sondereinflüsse auf das Geschäftsergebnis ermittelt. Die variable Vergütung darf die Festvergütung des Vorstandsmitglieds nicht überschreiten. In einem zweiten Schritt wird unter Zugrundelegung der variablen und der festen Vergütungsbestandteile die ermittelte Gesamtvergütung zusätzlich auf ihre Angemessenheit im horizontalen und vertikalen Vergleich geprüft. In einem dritten Schritt wird die variable Vergütung durch den Aufsichtsrat festgesetzt.

Die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 wurde im Anschluss an die Festsetzung im Jahr 2010 zu 60 % ausgezahlt. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt und in Teilbeträgen in den auf das Jahr der Festsetzung der variablen Vergütung folgenden drei Geschäftsjahren zur Auszahlung festgesetzt. Der Aufsichtsrat beschließt nach Feststellung des Jahresabschlusses eines jeden Geschäftsjahres im Zurückbehaltungszeitraum unter Berücksichtigung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns über die einzelnen Teilraten, deren Höhe pro Jahr maximal 13,33 % der festgesetzten variablen Vergütung betragen kann.

Maßgebliche Bemessungsgröße ist - unter Ausblendung von Sondereinflüssen - das im geprüften und testierten Einzelabschluss der Holding nach HGB ausgewiesene Ergebnis vor

Steuern (HGB-Ergebnis der Holding) in dem der Festsetzung der jeweiligen Teilrate vorausgehenden Geschäftsjahr. Wird ein HGB-Ergebnis der Holding erreicht, das zu mindestens 100 % dem HGB-Ergebnis im Geschäftsjahr entspricht, für das die variable Vergütung ursprünglich festgesetzt wurde (Ausgangswert), kann im Regelfall von einer nachhaltigen Wertentwicklung des Konzerns ausgegangen werden, welche die Festsetzung einer Teilrate in voller Höhe (13,33 % der festgesetzten variablen Vergütung) rechtfertigt. Liegt das Ergebnis unter dem Ausgangswert, entscheidet der Aufsichtsrat, in welcher Höhe die jeweilige Teilrate ausgezahlt wird. Dies kann zu einer Kürzung bis hin zum Ausfall führen.

Zudem wird der Aufsichtsrat bei der Festsetzung und Höhe einer jeden Teilrate prüfen, ob die Entwicklung und der Erfolgsbeitrag des jeweiligen Vorstandsressorts und die persönlichen Leistungen, die der Aufsichtsrat bei der Bemessung der variablen Vergütung zugrunde gelegt hat, sich auch aus der Rückschau der nachfolgenden Geschäftsjahre als nachhaltig herausgestellt haben. Dabei werden auch die vom Vorstandsmitglied und die in seinen Ressorts eingegangenen Risiken einbezogen.

Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds wird die Festsetzung der auf den Zurückbehaltungszeitraum gestreckten Teilbeträge durch die Beendigung der Organstellung und/oder die Beendigung des Anstellungsverhältnisses nicht berührt; eine Anrechnung anderweitigen Erwerbs findet nicht statt.

Von einer Vergütung in Aktien oder aktienbasierten Instrumenten wurde abgesehen. Die Ausgabe von Aktien der Holding ist nicht zweckmäßig. Der Aktienkurs der Holding spiegelt wegen des geringen Streubesitzes von weniger als 1,5 % und der damit verbundenen Marktengde die wirtschaftliche Entwicklung der Holding nicht wider. Die Ausgabe von neuen Aktien der LBB ist angesichts der Eigentümerstruktur mit der Holding als Alleinaktionärin nicht im Interesse des Konzerns. Aktien der LBB und der Holding, die nicht liquide handelbar sind, stellen auch kein sinnvolles Anreizinstrument für die Vorstandsvergütung dar. Die Schaffung von aktienbasierten Instrumenten (Phantom Stocks) bei der LBB bringt keinen Vorteil gegenüber der Festsetzung einer variablen Vergütung in bar, denn solche aktienbasierten Instrumente wären auch in bar auszuzahlen und müssten sich an denselben Kriterien orientieren, die der Festsetzung der variablen Vergütung zugrunde gelegt werden.

Weitere Vergütungskomponenten (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder ähnliches) bestanden für die Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2010 nicht.

Nach den neuen Anforderungen der InstitutsVergV wird die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands, beginnend mit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2010, noch einmal weitreichender als bisher auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet. Nach der bisherigen Regelung wurden 40 % der variablen Vergütung zunächst zurückbehalten und 60 % im Basisjahr, dem Jahr nach dem Geschäftsjahr, auf das sich die variable Vergütung bezieht, ausgezahlt. Der zurückbehaltene Betrag wurde gestaffelt über einen Zeitraum von drei Jahren und vorbehaltlich der Nachhaltigkeit des Erfolgsbeitrags in Teilbeträgen ausgezahlt.

Dieses Verhältnis hat sich mit der neuen Regelung verkehrt. Nunmehr werden 60 % der variablen Vergütung zunächst zurückbehalten, 40 % entfallen auf das Basisjahr. Für den zurückbehaltenen Teil der variablen Vergütung beschließt der Aufsichtsrat in den drei darauf folgenden Geschäftsjahren jeweils nach Feststellung des Jahresabschlusses über die Freigabe des entsprechenden Teilbetrags. Die Freigabe kann erteilt werden, wenn die Entwicklung des Konzerns und der individuelle Erfolgsbeitrag des Vorstandsmitglieds sich als nachhaltig erwiesen haben. Die Nachhaltigkeit wird anhand des bereits beim bisherigen Verfahren dargestellten Vorgehens geprüft. Nachhaltigkeit vorausgesetzt, kann die Höhe der einzelnen Teilbeträge pro Jahr maximal 20 % der im Basisjahr insgesamt festgesetzten variablen Vergütung betragen.

Von den im Basisjahr und in den drei darauf folgenden Jahren durch den Aufsichtsrat freigegebenen Teilbeträgen der variablen Vergütung wird sodann jeweils die Hälfte sofort ausgezahlt. Die andere Hälfte des freigegebenen Teilbetrags wird einer zweiten Nachhaltigkeitsbemessung unterzogen und dafür zunächst einem so genannten nachhaltigen Instrument zugeordnet. Nach Zuordnung zum nachhaltigen Instrument unterliegt der Teilbetrag einer Auszahlungssperrfrist von weiteren drei Jahren. Nach Ablauf der Sperrfrist wird die tatsächliche Auszahlungshöhe anhand der Entwicklung dreier Kennziffern bemessen. Abgestellt wird auf Kennziffern auf Basis des HGB-Ergebnisses der Holding vor Steuern (HGB-Ergebnis), des IFRS-Gesamtergebnisses der Periode der Holding ohne Steuern (IFRS-Gesamtergebnis) und auf die Eigenkapital-Rentabilität auf Basis des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals im Verhältnis zum operativen IFRS-Konzernergebnis des Geschäftsjahres. Bei der Bemessung werden alle drei Kennziffern gleich gewichtet. Vorbehaltlich der Nachhaltigkeit des Erfolgsbeitrages kommt der letzte Teilbetrag der variablen Vergütung somit im siebten Jahr nach dem Geschäftsjahr, auf das sie sich bezieht, zur Auszahlung.

Ergeben sich während des Zurückbehaltungszeitraums gesellschaftsrechtliche Änderungen im Konzern, die einen wesentlichen Einfluss auf die Gesamtertrags- und Risikostruktur haben, kann der Aufsichtsrat den oben genannten Faktor entsprechend korrigieren.

Sonstige Vergütungen:

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Die auf die private Nutzung entfallende Lohn- beziehungsweise Einkommensteuer wird gegenüber den Vorstandsmitgliedern mit Ausnahme von Herrn Tessmann von der LBB übernommen.

Gegenüber Herrn Tessmann hat die LBB in den ersten sechs Monaten seiner Vorstandstätigkeit Unterbringungs- und Reisekosten in Höhe von insgesamt 21 T€ übernommen.

Gesamtvergütung:

Die Mitglieder des Vorstands haben für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2010 eine Vergütung von insgesamt 5.326 T€ bezogen (Vorjahr: 4.475 T€). Hierin enthalten ist die vertraglich festgelegte nicht ruhegehaltstfähige Vergütung in Höhe von 1.843 T€ (Vorjahr 1.844 T€). Davon sind 188 T€ im Geschäftsjahr 2010 zur Auszahlung gekommen; 1.655 T€ kommen im Geschäftsjahr 2011 zur Auszahlung. Für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2009 wurde an die Mitglieder des Vorstands entsprechend den oben dargestellten Kriterien eine variable Vergütung von insgesamt 1.610 T€ festgesetzt (Vorjahr: 0 T€). Hiervon entfielen 270 T€ auf den im Jahr 2009 aus dem Vorstand ausgeschiedenen Herrn Hans-Jörg Vetter, die im Geschäftsjahr 2010 gezahlt wurden. Den zum 31. Dezember 2009 amtierenden Mitgliedern des Vorstands wurden 60 % der variablen Vergütung (804 T€) nach Feststellung der Jahresabschlüsse 2009 ausgezahlt. Die verbleibenden 40 % (536 T€) werden für einen Zeitraum von drei Jahren zurückbehalten. Für das Geschäftsjahr 2008 wurden keine variablen erfolgsabhängigen Vergütungen gezahlt.

Die Höhe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2010 sowie die zur Auszahlung kommenden Beträge des Rückbehaltes des Geschäftsjahres 2009 können zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht verlässlich geschätzt werden. Entsprechende Angaben werden im Halbjahresfinanzbericht 2011 dargestellt.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied weder zugesagt noch im Geschäftsjahr gewährt.

Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind:

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für den folgenden Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Tessmann bis zu sechs Monaten, Herrn Demolière bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Evers, Herrn Kulartz und Herrn Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses. Nach Ablauf dieser Zeit haben die genannten Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf Ruhegehalt wegen Berufsunfähigkeit. Scheiden Herr Müller oder Herr Tessmann in Folge Invalidität aus ihrem Dienstverhältnis aus, erhält jeder ab dem darauf folgenden Monat eine Invalidenrente, deren Höhe sich nach den Bestimmungen für das Ruhegehalt bemisst, wobei Zeiten der Invalidität nicht als geleistete Dienstjahre gelten.

Im Falle der Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstandsmitglieds veranlasst ist (§ 626 BGB) haben die Mitglieder des Vorstands einen Anspruch auf die Zahlung von Ruhegehalt.

Herr Dr. Veit hat entsprechend des mit ihm geschlossenen Dienstvertrages von dem Recht Gebrauch gemacht, nach Vollendung des 62. Lebensjahres auf eigenen Wunsch in den Ruhestand zu treten. Dieses Recht haben auch die amtierenden Vorstände Herr Kulartz und Herr Tessmann. Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch Herrn Dr. Evers und Herrn Demolière oder durch die LBB gekündigt werden. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind:

Die Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge der Vollendung des 65. Lebensjahres sowie durch Ablauf der Bestellung, Herr Tessmann nach Ablauf einer Wiederbestellung; soweit die Bestellung nicht erneut verlängert wird, es sei denn, eine angebotene Verlängerung der Bestellung und des Dienstvertrages zu gleichen oder nicht schlechteren Bedingungen wird abgelehnt oder ein wichtiger Grund im Sinne des § 626 Abs. 1 BGB liegt vor.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Müller und Herrn Tessmann setzt die Zahlung des Ruhegehaltes bereits im ersten Monat nach Ausscheiden aus den Diensten der LBB ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich nach einem bestimmten Prozentsatz vom ruhegehaltstfähigen Festgehalt, der sich um 2 %, für Herrn Tessmann um 1,34 %, für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr erhöht. Für jedes Vorstandsmitglied ist vertraglich ein Höchstsatz vereinbart. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils das ruhegehaltstfähige Festgehalt zu 100 %, bei Herrn Demolière jedoch nur zu 69 %.

Im Einzelnen:

	<u>Erworbener Versorgungsanspruch</u> <u>per 31.12.2010</u> [in %]	<u>Höchstsatz</u> [in %]
Herr Demolière	53	60
Herr Dr. Evers	60	60
Herr Kulartz	60	75
Herr Müller	46	70
Herr Dr. Veit	56	60
Herr Tessmann	30	50

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken.

Endet das Dienstverhältnis von Herrn Tessmann durch Kündigung aus wichtigem Grund, den Herr Tessmann zu vertreten hat, verringert sich das Altersruhegeld um 50 %.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden bezüglich der zum 31. Dezember 2009 amtierenden Vorstandsmitglieder keine Änderungen der dargestellten Zusagen vereinbart.

Die Höhe der Pensionsrückstellungen für den zum Bilanzstichtag amtierenden Vorstand betrug 7.759 T€ (Vorjahr: 7.758 T€).

Im Jahr 2010 wurden für Leistungen, die den Vorstandsmitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, aus den Rückstellungen Beträge in Höhe von 293 T€ aufgelöst und 294 T€ den Rückstellungen zugeführt (im Vorjahr wurden saldiert 1.335 T€ zugeführt). Der Betrag beinhaltet auch ein Fünfzehntel des Effektes aus der Anpassung nach BilMoG zum 1. Januar 2010. Der Barwert der Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, beträgt 11.691 T€.

Die individualisierten Angaben zum Barwert der Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, sowie die im Geschäftsjahr hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Beträge werden im Anhang dargestellt.

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB Vorschüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise es bestanden zum 31. Dezember 2010 Haftungsverhältnisse im Volumen von insgesamt 297 T€ (Vorjahr: 296 T€).

Ferner wurden im Geschäftsjahr 2010 Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene von insgesamt 6.619 T€ gezahlt (Vorjahr: 6.442 T€). In der Angabe sind 270 T€ für Herrn Vetter für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2009 enthalten.

Die Höhe der für diese Personengruppe gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen betrug zum Bilanzstichtag: 59.673 T€ (Vorjahr: 68.530 T€); der Barwert beträgt 85.982 T€.

Diese Bezüge und Rückstellungen betreffen neben den ehemaligen Vorständen und deren Hinterbliebenen der LBB auch die der Holding. Dies beruht darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der Holding auf die LBB im Jahr 2006 auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden seinerzeit ebenfalls auf die LBB übertragen.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des jeweiligen Aufsichtsrats ist in der jeweiligen Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem langfristigen Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Für den Aufsichtsrat der LBB sind die Vergütungsregelungen in § 11 ihrer Satzung niedergelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB jährlich eine feste Vergütung. Eine gesonderte, an den Erfolg des jeweiligen Unternehmens gekoppelte Vergütung, ist für beide Aufsichtsratsgremien nicht vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

Im Einzelnen ist die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wie folgt geregelt:

- Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung in Höhe von 15.000,- € beziehungsweise bei der LBB in Höhe von 10.500,- €
- Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.
- Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses des jeweiligen Aufsichtsrates sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats der LBB erhalten zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10.000,- €, der Vorsitzende erhält 15.000,- €, der Stellvertreter 12.500,- €. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6.000,- €, die Vorsitzenden der Ausschüsse erhalten hier jeweils 8.000,- €, die Stellvertreter jeweils 7.000,- €.

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht. Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während

des gesamten Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Auch für die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB besteht eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei jeweils ein angemessener Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung für die Mandatstätigkeit vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit nach Ablauf des Geschäftsjahres.

- Aufsichtsrat Holding:
Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2010 Gesamtbezüge in Höhe von 389 T€ zu zahlen (Vorjahr: 390 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.
- Aufsichtsrat LBB:
Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der LBB sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2010 Gesamtbezüge in Höhe von 262 T€ zu zahlen (Vorjahr: 262 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding und der LBB Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter.

Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding haben von der LBB im Berichtsjahr Vorschüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise es bestanden Haftungsverhältnisse zum 31. Dezember 2010 insgesamt im Volumen von 85 T€ (Vorjahr: 111 T€).

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der Holding oder der LBB nicht gezahlt beziehungsweise gewährt.

Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.555 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 nennwertlose Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber und gewähren jeweils eine Stimme. Die weiteren Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den gesetzlichen Regelungen, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 Aktiengesetz (AktG).

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, soweit sie dem Vorstand bekannt sind

Die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Käuferin) hat sich beim Erwerb der Aktien vom Land Berlin (808.996.446 Stimmrechte entsprechend einem Stimmrechtsanteil von 80,95 %) gegenüber dem Land Berlin (Verkäufer) verpflichtet, das Eigentum an den erworbenen Aktien für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren nach dem 8. August 2007 nicht auf eine andere Person zu übertragen, es sei denn, bei dieser Person handelt es sich um ein verbundenes Unternehmen der Käuferin im Sinne des § 15 AktG oder ein anderes Mitglied der S-Finanzgruppe, und diese Person (und gegebenenfalls alle weiteren mit der Käuferin verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG beziehungsweise andere Mitglieder der S-Finanzgruppe, auf welche Verkäufer-Aktien übertragen werden) übernimmt gegenüber dem Verkäufer ebenfalls diese vertragliche Verpflichtung.

Das Stimmrecht der Aktionäre ist, von folgenden Ausnahmen abgesehen, weder durch ein Gesetz noch durch die Satzung beschränkt. In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Gesellschaft eigene Aktien in ihrem Bestand hält, können daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach den der Gesellschaft vorliegenden Informationen hält die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland unmittelbar 88,03 % der Stimmrechte. Sie wird durch ihre alleinige Komplementärin, die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH,

Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland vertreten; dieser sind die Stimmrechte gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland hält unmittelbar 10,63 % der Stimmrechte. Sie wird durch ihre persönlich haftende Gesellschafterin, die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg vertreten, so dass die Stimmrechte mittelbar dieser Gesellschaft und der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg zuzurechnen sind.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Die Gesellschaft hat keine Aktien mit Sonderrechten ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften sind nicht in einer Weise am Kapital beteiligt, dass eine indirekte Ausübung von Kontrollrechten durch die Arbeitnehmer stattfindet. Da die Aktien der Gesellschaft Inhaberaktien sind, liegen der Gesellschaft keine detaillierten Angaben über ihre Streubesitzaktionäre und damit einen eventuellen privaten Aktienbesitz von Arbeitnehmern vor.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über Änderungen der Satzung

Für die Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands gelten die §§ 84 und 85 AktG. Gemäß § 6 Abs. 1 der Satzung wird die Anzahl der Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestimmt. Der Vorstand besteht mindestens aus zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder auf höchstens fünf Jahre. Gemäß § 31 MitbestG ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit des Aufsichtsrats erforderlich. Die Landesbank Berlin Holding AG ist eine Finanzholdinggesellschaft im Sinne des § 1 Abs. 3a KWG, so dass gemäß § 2d KWG die Mitglieder des Vorstands zuverlässig sein müssen und die zur Führung der Geschäfte erforderliche fachliche Eignung haben müssen. Die Satzung enthält keine weiteren Bestimmungen.

Gemäß § 16 Abs. 3 der Satzung werden die Beschlüsse der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben. Für die Änderung der Satzung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften der §§ 179 ff. AktG. Nach § 12 Abs. 3 der Satzung ist der Aufsichtsrat zu Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, befugt.

Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Die Hauptversammlung vom 9. Juni 2009 hatte die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2010 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu kaufen und zu verkaufen. Unter Aufhebung dieses Beschlusses hat die Hauptversammlung vom 15. Juni 2010 die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 14. Juni 2015 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu kaufen und zu verkaufen.

Beide Beschlüsse ergingen jeweils unter den Bedingungen, dass die Erwerbspreise den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorausgegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten dürfen. Zudem darf der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

Daneben bestand gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juni 2009 bis zum 30. September 2010 die Befugnis zum Erwerb eigener Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Unter Aufhebung dieses Beschlusses hat die Hauptversammlung vom 15. Juni 2010 die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 14. Juni 2015 eigene Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu erwerben.

Beide Beschlüsse ergingen jeweils unter den Bedingungen, dass der Kaufpreis je Aktie den Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie der Gesellschaft in der Schlussauktion im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten darf und insgesamt aufgrund dieser Ermächtigung nur

Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals erworben werden dürfen. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigungen erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Vorstand wurde jeweils ermächtigt, Aktien, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworben werden, ganz oder in Teilen, in letzterem Fall auch durch mehrfache Ausübung der Ermächtigung, einzuziehen, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Er kann dabei vorsehen, dass sich durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktionäre am Grundkapital erhöht. Der Vorstand wurde ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung anzupassen.

Von den Befugnissen aus den oben genannten vier Beschlüssen wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Es gibt keine wesentlichen Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels im Falle eines Übernahmeangebots stehen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit Vorstandsmitgliedern oder Arbeitnehmern

Es sind keine Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder den Arbeitnehmern getroffen worden. Im Übrigen wird auf den Abschnitt „Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat“ verwiesen.

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach einem durchwachsenen Winterhalbjahr belebte sich das Wirtschaftsgeschehen in Deutschland zur Jahresmitte 2010 durchgreifend. Die Expansion war breit fundiert. Der Export profitierte bei zumeist schwachem Euro von der voraneilenden Erholung in Asien und den USA. Ausrüstungsinvestitionen und Konsum erholten sich von niedrigen Ausgangswerten. Gestützt wurde dieser Prozess durch günstige Finanzierungsbedingungen, eine bessere Kapazitätsauslastung und abnehmende Beschäftigungssorgen der Privathaushalte. Für die Öffentlichen Haushalte wurde zwar ein Konsolidierungskurs beschlossen, der aber nachfrageseitig noch nicht zur Geltung kam. Zum Jahresende ließ die Dynamik nach. Das Auftragswachstum verlangsamte sich nach erreichter Niveaunormalisierung. Die Exporte in das europäische Ausland gingen sogar leicht zurück. Dennoch war die Stimmung in den deutschen Unternehmen bis zur Jahreswende sehr gut.

Die expansive Geldpolitik wurde beibehalten. Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ ihren Refinanzierungssatz bei 1 %, baute die von Geschäftsbanken gehaltenen Überschussreserven im Eurosystem aber ab und erreichte auf diese Weise erste Konditionsanpassungen am Interbankenmarkt.

Für erhebliche Spannungen an den Kapitalmärkten sorgte die schwindende Bonität einzelner Mitgliedsstaaten der Eurozone. Der drastische Anstieg der Risikoprämien erzwang im Frühjahr ein international abgestimmtes Rettungsprogramm, welches bis in das Jahr 2013 befristet wurde, die Ursachen der Schuldenkrise aber nicht behob. Ergänzend beschlossen die Finanzminister der 27 EU-Staaten Ende November die Eckpunkte eines künftig dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM). Unwägbarkeiten über Form und Umfang einer Einbindung privater Gläubiger in künftige Restrukturierungen verunsicherten die Marktteilnehmer nachhaltig.

Berlin wird für das Berichtsjahr eine deutlich kleinere Wachstumsrate aufweisen als die anderen Bundesländer. Allerdings ist dies in erster Linie Ausdruck eines geringeren Einbruchs in der Region während der Rezession, so dass der Basiseffekt niedriger ausfiel. Insgesamt wurde der Trend einer zum Bundesdurchschnitt aufholenden Wirtschaftsentwicklung jedoch bestätigt. Berlin stützt sich dabei auf einen vergleichsweise hohen Wertschöp-

fungsanteil des Dienstleistungssektors, anhaltende Zuwächse im Tourismus und eine gegenüber zyklischen Schwankungen vergleichsweise robuste Industriestruktur. Jedoch ist die Region Berlin-Brandenburg geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch Unternehmen in überwiegend kleineren Umsatzgrößenklassen.

Mit der Besserung der konjunkturellen Lage festigt sich der positive Trend im Kundengeschäft des Konzerns. In der Immobilienfinanzierung profitierte die Bank von der positiven Entwicklung der Immobilienmärkte. Im Kapitalmarktgeschäft blieben die Wirkungen des unruhigen Marktgeschehens eng umgrenzt.

Geschäftstätigkeit des Konzerns

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist der Konzern Landesbank Berlin Holding weiter darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern zu wachsen, durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Der Konzern nimmt eine zunehmend stärkere Rolle als Dienstleister in der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäfts sowie das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen.

Seit der Umstellung der Konzernrechnungslegung auf die International Financial Reporting Standards (IFRS) im Jahr 2005 erfolgt die Steuerung des Konzerns auf Basis des IFRS-Rechenwerks. Die strategischen Geschäftsfelder werden anhand folgender IFRS-Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung, das HGB-Ergebnis und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Das Bankgeschäft des Konzerns wird in den folgenden strategischen Geschäftsfeldern sowie dem Zinsmanagement und den Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge betrieben.

Das Geschäftsfeld **Private Kunden** betreibt das Universalbankgeschäft mit Privatpersonen. Im regionalen Geschäft der Berliner Sparkasse werden rund zwei Millionen Privatkunden betreut. Das überregionale Kreditkartengeschäft wird überwiegend mit sogenannten Co-Branding-Partnern (zum Beispiel ADAC, Amazon, Air Berlin) betrieben und umfasst rund zwei Millionen ausgegebene Kreditkarten. Im überregionalen Konsumentenkreditgeschäft wird zusammen mit der Deutsche Leasing AG der Ausbau einer Konsumentenkreditplattform für die bundesdeutschen Sparkassen vorangetrieben, die Mitte 2011 in die Gründung einer eigenständigen Konsumentenkreditbank - die „S-Kreditpartner GmbH“ - münden soll. Die netbank stellt für die LBB ein Investment in den Direktbank-Kanal dar.

Das Geschäftsfeld **Firmenkunden** betreut rund 64.400 Gewerbetreibende und mittelständische Unternehmen. Zentrales strategisches Ziel ist die Sicherung der starken Marktposition durch Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale im Kernmarkt Berlin/Brandenburg. Dabei haben Qualität als Wettbewerbsfaktor und die Vertiefung der Kundenbeziehungen eine besondere Bedeutung. Der Marktauftritt erfolgt mit den Marken Landesbank Berlin AG im mittelständischen Firmenkundengeschäft und Berliner Sparkasse im Gewerbekundengeschäft.

In der **gewerblichen Immobilienfinanzierung** sind die LBB und die Berlin Hyp gemeinsam tätig. Alle Mitarbeiter des Immobilienfinanzierungsgeschäfts arbeiten institutsübergreifend nach einheitlichen Regelungen und Prozessen. Das Geschäftsmodell verbindet die Vorteile einer Pfandbriefbank mit denen einer Universalbank. Das Geschäftsfeld betreut rund 2.300 Risikogemeinschaften mit rund 6.100 Beleihungsobjekten im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Schwerpunktmäßig werden die Geschäfte mit gewerblichen Investoren, Wohnungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften, Immobilienfonds und ausgewählten Developern betrieben. Die Kundenbetreuung erfolgt neben dem Sitz der Banken in Berlin durch vier inländische Geschäftsstellen in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main und München sowie durch fünf Repräsentanzen im Ausland (Niederlande, Polen, Tschechische Republik, Großbritannien und Frankreich). Die Kreditbearbeitung findet zentral in Berlin statt.

Das **Kapitalmarktgeschäft** (KMG) umfasst die Bereiche Client Business (Distribution und Produktion), Treasury und Trading sowie Internationales Geschäft. Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus die Kapitalanlagegesellschaft LBB-INVEST sowie operative Einheiten der LBB an den Auslandsstandorten London und Luxemburg. Das Kapitalmarktgeschäft folgt mit dieser Aufstellung der Strategie der Bank, diversifizierte Einkommensströme aus einer breiten Palette von Aktivitäten zu erschließen. Im Rahmen des „KMG-Strategieprojekts“ wurde das Zielbild für die zukünftige Vertriebsstrategie definiert. Basierend auf der detaillierten Analyse von Zielkunden und Kundenbedürfnissen wurden zusätzliche Ertragspotenziale identifiziert. Das Geschäftsfeld ist Anbieter von Finanzdienstleistungen für interne und externe Kunden. Das Kundengeschäft wird ergänzt durch das Management von kurz- und langfristigen Anlage- und Handelsgeschäften. Gleichzeitig wird im Kapitalmarktgeschäft die Liquidität des Konzerns gesteuert und die langfristige Refinanzierung sichergestellt.

Weitere Aktivitäten

Vorbereitungen auf die Umstellung des Kernbankensystems

Seit Februar 2009 wird die Umstellung des derzeitigen Kernbankensystems auf OneSystem Plus (OSPlus) für April 2011 vorbereitet. Hintergrund der Vereinheitlichung der IT-Systemlandschaft in der Sparkassen-Finanzgruppe ist die 2008 erfolgte Fusion der Dienstleistungsunternehmen FinanzIT und Sparkassen Informatik zur Finanz Informatik. Durch die Konzentration auf einen Dienstleister werden für die LBB deutliche Synergien erwartet.

Ausbau des Geschäfts mit Sparkassen

Der Konzern versteht sich als Dienstleister für Sparkassen. Er unterhält Geschäftsbeziehungen zu mehr als 300 Instituten und baut dieses Geschäft bedarfsgerecht aus. Dabei konzentriert die LBB – abgeleitet aus ihren eigenen Erfahrungen als Sparkasse für Berlin – ihr Angebot auf das kundenorientierte Kapitalmarktgeschäft, die Konsumentenfinanzierung und die Marktfolge. In diesem Rahmen ist geplant, dass die LBB bei Bedarf gemeinsam mit Sparkassen weitere Unternehmen gründet, zum Beispiel regionale Marktfolgezentren.

Ausbau des Qualitätsmanagements

Qualität ist ein zentraler Unternehmenswert und Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Veränderungen im Markt und Kundenanforderungen müssen frühzeitig erkannt und einbezogen werden. Daher steht das Thema Qualitätsmanagement seit Anfang 2008 weit oben auf der Agenda. In allen Bereichen des Konzerns wurden Qualitätsinitiativen gestartet. Sie sollen nicht nur Produkte und Dienstleistungen für die Kunden verbessern, sondern auch die internen Abläufe und die Zusammenarbeit an Schnittstellen optimieren. Die aktive Steuerung der Prozesse und der Qualität der Leistungserbringung stellen eine dauerhafte Herausforderung an alle Mitarbeiter und Führungskräfte in der LBB dar. In der Marktfolge wurden die Managementsysteme der Risikobetreuung und des BankenService durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen nach der internationalen Qualitätsmanagementnorm ISO 9001:2008 zertifiziert.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2010

Die zu Beginn des Jahres einsetzende Konjunkturerholung der Weltwirtschaft hat sich auch in der zweiten Jahreshälfte, wenn auch in abgeschwächter Form, fortgesetzt. Getragen wurde das globale Wirtschaftswachstum vor allem von den asiatischen Schwellenländern, die bereits wieder ein Wirtschaftswachstum auf Vorkrisenniveau erreichten. Die meisten Industrieländer hingegen waren noch von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise beeinflusst. Der US-Wirtschaft machten die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die Probleme am Immobilienmarkt zu schaffen. Die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum verlief sehr uneinheitlich. Während sich die Aussichten der von der Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Länder deutlich eintrübten, expandierte die Wirtschaft vor allem in Deutschland kräftig und über den ursprünglichen Erwartungen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die zügige Erholung aufgrund massiver geld- und fiskalpolitischer Maßnahmen in einen, insbesondere im Hinblick auf die private Nachfrage, sich selbsttragenden Aufschwung mündet.

Nach der Überwindung des Tiefpunkts der Wirtschaftskrise setzte Deutschland den bereits 2009 begonnenen Aufschwung fort und holte den konjunkturellen Einbruch zu großen Teilen auf. Größter Impulsgeber war die dynamische Entwicklung der Weltwirtschaft und damit einhergehend ein Anstieg der Exportnachfrage. Die hohen Ausfuhren, eine gestiegene Investitionstätigkeit der Wirtschaft und die im Jahresverlauf anziehende Binnennachfrage führten zum größten prozentualen Wertzuwachs im Bruttoinlandsprodukt seit der Wiedervereinigung. Positiv verlief zudem die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen. Als besonders stabil erwies sich der Arbeitsmarkt, der von Beschäftigungszuwachs und sinkender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war.

Auch in der Kernregion Berlin-Brandenburg hat sich im Jahr 2010 die wirtschaftliche Lage deutlich verbessert. So erreichte die Wirtschaftsleistung Berlins bereits das Vorkrisenniveau. Rückgrat des Zuwachses waren die robuste Industriekonjunktur und der Dienstleistungssektor. Hierbei ist besonders die Tourismusbranche hervorzuheben, die das Vorjahresniveau übertraf und erstmals die Marke von 20 Millionen Übernachtungen durchbrach. Die verbesserte Einschätzung der Unternehmen über die aktuelle Geschäftslage und die Geschäftserwartungen sowie die Beschäftigungsaussichten und Investitionspläne sind weiterer Ausdruck der wirtschaftlichen Erholung.

Das größte Risiko für die Wirtschaftsentwicklung und die Stabilität der europäischen Gemeinschaftswährung stellt die stark gestiegene Staatsverschuldung in einigen Euro-Staaten dar. Um die Staatsverschuldung zu begrenzen, sind Konsolidierungsprogramme und umfassende Reformen notwendig, die bereits von mehreren Mitgliedsstaaten beschlossen wurden. Dieser Reformprozess kann das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum belasten. Zusätzlich haben sich die EU-Staaten im Mai 2010 auf einen Rettungsschirm für hoch verschuldete Mitgliedsländer verständigt. Dieser sieht neben Darlehen des Internationalen Währungsfonds (IWF) auch Kredite und Garantien der Euro-Staaten vor. In diesem Zusammenhang beschlossen die Finanzminister der 27 EU-Staaten Ende November die Eckpunkte eines künftig dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM).

Auf die Finanzkrise reagierten die Notenbanken mit deutlich gesenkten Leitzinsen und reichlicher Liquiditätsversorgung. Sowohl die US-Notenbank FED als auch die EZB behielten im Jahr 2010 die historisch niedrigen Leitzinsen bei. Nachdem die EZB zunächst den Ausstieg aus der unkonventionellen Geldpolitik plante, vollzog sie mit der Zuspitzung der Schuldenkrise einen Kurswechsel. Erstmals willigten die Währungshüter in den direkten Ankauf von Staatsanleihen ein.

Der Vertrauensverlust der Anleger in die Solidität der Staatsfinanzen führte erneut zu erheblicher Verunsicherung an den Finanzmärkten, die nur teilweise durch vertrauensbildende Maßnahmen wie dem Bankenstresstest und Euro-Rettungsschirm beseitigt werden konnte. Vor diesem Hintergrund bleibt das Umfeld für Finanzinstitute im Hinblick auf neue Regularien schwierig. Besonders die strukturellen Veränderungen im Bankgeschäft, wachsende Anforderungen an die Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung (Basel III), die Harmonisierung der Einlagensicherung, aber auch die Einführung der Bankenabgabe zur Finanzierung eines nationalen Stabilitätsfonds stellen die gesamte Finanzbranche – und damit auch die LBB – vor neue Herausforderungen. Darüber hinaus ist abzusehen, dass die Umsetzung der Änderungen internationaler Rechnungslegungsstandards und mögliche zukünftige Belastungen wie die Finanztransaktionssteuer und die Finanzaktivitätssteuer wesentliche finanzielle und organisatorische Auswirkungen auf das Bankengewerbe haben werden.

Ertragslage

Das Ergebnis der Holding war im Geschäftsjahr 2010 durch die Gewinnabführung der LBB geprägt.

Ergebnis in Mio. €	2010	2009	Veränderung 2010 – 2009	
			Mio. €	%
Beteiligungsergebnis	249	288	-39	-13,5
Saldo sonstiger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	-11	-13	2	15,4
Zinsergebnis	-8	2	-10	<-100,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	230	277	-47	-17,0
Außerordentliches Ergebnis	-1	0	-1	x
Ertragsteuern	-48	45	-93	<-100,0
Sonstige Steuern	0	3	-3	-100,0
Ergebnis nach Steuern	277	229	48	21,0

Im **Saldo sonstiger betrieblicher Aufwendungen und Erträge** wurden überwiegend Verwaltungsaufwendungen und Bewertungsaufwand im Zusammenhang mit einem Wertpapierleihegeschäft berücksichtigt.

Der Rückgang des **Zinsergebnisses** resultiert überwiegend aus der laufenden Aufzinsung von Rückstellungen nach den in diesem Jahr erstmals anzuwendenden Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG).

Bei der Bemessung der **Ertragsteuern** wurde auch das steuerliche Einkommen der organisch verbundenen Unternehmen berücksichtigt, zu denen nunmehr auch die Berlin Hyp zählt. Auf der Grundlage des BilMoG wurden erstmalig latente Steuern in Höhe von 58 Mio. € erfolgswirksam aktiviert.

Vermögenslage

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2009 ist die **Bilanzsumme** aufgrund erstmals aktivierter latenter Steuern und höherer Forderungen leicht gewachsen.

Aktiva in Mio. €	2010	2009	Veränderung 2010 – 2009	
			Mio. €	%
Anlagevermögen				
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	2.957	2.958	-1	0,0
Umlaufvermögen				
Forderungen	413	342	71	20,8
Sonstige Vermögensgegenstände	17	18	-1	-5,6
Guthaben bei Kreditinstituten	213	213	0	0,0
Aktive Latente Steuern	480	0	480	x
Summe Aktiva	4.080	3.531	549	15,5

In den **Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen** sind die Anteile an der LBB mit 2.807 Mio. € enthalten.

Die **Forderungen** bestanden zum Bilanzstichtag ausschließlich gegenüber verbundenen Unternehmen, überwiegend gegenüber der LBB.

Die **Guthaben bei Kreditinstituten** in Höhe von 213 Mio. € weisen eine Forderung aus Sicherheitenstellung für ein Darlehen aus.

Die **aktiven latenten Steuern** sind erstmals angesetzt worden.

Passiva in Mio. €	2010	2009	Veränderung 2010 – 2009	
			Mio. €	%
Eigenkapital	3.530	2.970	560	18,9
davon:				
- gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0	0,0
- Rücklagen	834	274	560	>100,0
- Bilanzgewinn	141	141	0	x
Rückstellungen	116	128	-12	-9,4
Verbindlichkeiten	434	433	1	0,2
Summe Passiva	4.080	3.531	549	15,5

Die Entwicklung des **Eigenkapitals** ist bei den anderen Gewinnrücklagen von der erfolgsneutralen Aktivierung latenter Steuern gemäß Erstanwendung des § 274 HGB und von dem Bilanzgewinn geprägt.

Der **Bilanzgewinn** berücksichtigt neben dem Jahresüberschuss von 277 Mio. € und einem Gewinnvortrag aus dem Jahr 2009 in Höhe von 2 Mio. € die Dotierung von Gewinnrücklagen in Höhe von 138 Mio. €.

Die **Rückstellungen** bestehen überwiegend für Steuern.

In den **Verbindlichkeiten** sind als wesentliche Positionen ein Bankdarlehen über 214 Mio. € und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit einer Wertpapierleihe ausgewiesen.

Finanzlage

Der Unternehmenszweck der Holding als Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des KWG ist auf das Halten der Beteiligungen an der LBB und der LBB-INVEST ausgerichtet. Die Refinanzierung erfolgt ganz überwiegend aus dem Eigenkapital (87 % der Bilanzsumme).

Den Verbindlichkeiten und Rückstellungen von insgesamt 550 Mio. € stehen Guthaben bei Kreditinstituten, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 643 Mio. € gegenüber. Die Rückführung der Verbindlichkeiten wird aus den vorhandenen Vermögenswerten und den Ergebnisabführungen zukünftiger Perioden erwartet.

Die wirtschaftliche Lage der Holding stellt sich mit Blick auf die Ergebnisabführung der LBB als geordnet und nachhaltig dar.

Ereignisse nach dem 31. Dezember 2010

Der Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung der Berlin Hyp vom 9. Dezember 2010 zur Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf die LBB gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung (§ 327a Abs. 1 Satz 1 AktG) wurde am 25. Januar 2011 in das Handelsregister eingetragen. Somit verfügt die LBB über 100 % der Anteile an der Berlin Hyp.

Für die WestLB AG, Düsseldorf, ist ein europarechtliches Beihilfeverfahren anhängig. Zum Ausgleich der erhaltenen Beihilfe hat die Bundesrepublik Deutschland der Europäischen Kommission neben weiteren Alternativen ein Konzept zur Aufteilung und geordneten Abwicklung der WestLB vorgeschlagen. Als Teil dieses Konzepts sollen bestimmte Geschäftsaktivitäten der WestLB, die für Sparkassen von Relevanz sind, in eine neu zu errichtende Verbundbank überführt werden, die anschließend über einen längeren Zeitraum hin in Teilen weiterveräußert, auf andere Einheiten überführt oder abgewickelt werden soll. Die deutschen Sparkassen und Landesbanken haben sich bereit erklärt, im Rahmen des Gesamtkonzepts einen Beitrag zur Errichtung der Verbundbank zu leisten und neben den Sparkassenverbänden in Nordrhein-Westfalen Eigentümer der Verbundbank zu werden. Die genaue Ausgestaltung der Eigentümerstruktur der Verbundbank steht noch nicht fest. Es besteht die Möglichkeit, dass sich Sparkassen und Landesbanken über ihre Sicherungseinrichtungen an der Verbundbank beteiligen oder dieser Garantien aussprechen. Die LBB wäre an derartigen Maßnahmen als Mitglied der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen beteiligt.

Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2010 abgegeben. Die Schlusserklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit oder auf Veranlassung oder im Interesse der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG und der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.“

Risikobericht

Rahmenbedingungen

Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) nimmt als Konzernobergesellschaft die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100-prozentigen Beteiligungen an der Landesbank Berlin AG (LBB) und der LBB-INVEST.

Aus der Tatsache, dass die LBB aufsichtsrechtlich das übergeordnete Unternehmen der Finanzholding-Gruppe ist und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach vereint sind, resultiert die weitgehende Übereinstimmung der Risiken der LBB und der Holding.

Der Risikobericht der Holding enthält sowohl die nach den Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) erforderlichen Angaben als auch die Angaben zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystem gemäß § 289 Abs. 5 HGB.

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und uns jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach unseren internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben.

Im Berichtsjahr wurde analysiert, welche Auswirkungen die diskutierten Verschärfungen der Eigenkapitalanforderungen für Banken (Basel III) haben werden. Es wurde ein Umsetzungsprojekt gestartet. Wesentliche Ziele sind

- die Erarbeitung eines konkreten Umsetzungsplans auf Basis der finalen Papiere des Baseler Ausschusses,
- die Konkretisierung der Umsetzungserfordernisse durch Proberechnungen und Begleitung des Konsultationsprozesses,
- die Ermittlung der neuen Liquiditätskennziffern sowie
- die Weiterführung der laufenden Aktivitäten (Anpassung der Eigenmittelanforderung für das Handelsbuch, Optimierung der gewichteten Risikoaktiva und Anpassungen im Rahmen der MaRisk).

Die Anforderungen der Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) aus dem Jahr 2009, beispielsweise die Umsetzung gesamtbankweiter risikoübergreifender Stresstests und Überwachung der Risikokonzentrationen bei Adressenausfallrisiken, sind vollständig umgesetzt.

Die BaFin hat im Dezember 2010 eine weitere Neufassung der MaRisk veröffentlicht. Der Konzern hat die neuen Anforderungen untersucht und sich am Konsultationsverfahren beteiligt. Wesentliche Anforderungen daraus betreffen die Aspekte

- Controlling der Liquiditätsrisiken und Aufbau der Liquiditätsreserve,
- erweiterte Anforderungen an Stresstests,
- Risikoinventur und Risikotragfähigkeit sowie
- Strategieprozess.

Die neue Fassung gilt mit Veröffentlichung; von aufsichtsrechtlichen Maßnahmen wird aber bis 31. Dezember 2011 seitens der Aufsicht abgesehen. Die neuen Anforderungen werden im Wesentlichen erfüllt und notwendige Ergänzungen werden innerhalb der gesetzten Fristen umgesetzt. Die Anforderungen an das Liquiditätsrisikomanagement kapitalmarktorientierter Institute traten unmittelbar mit Veröffentlichung in Kraft. Wir gehen davon aus, dass die Anforderungen an die Liquiditätsreserve bereits erfüllt werden.

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Die Risikostrategie ist Teil der Gesamtbankstrategie der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und der Landesbank Berlin AG (LBB) und leitet sich aus den strategischen Rahmenbedingungen ab. Sie gestaltet diese bezüglich der Übernahme von Risiken aus. Hierzu gehört insbesondere die Festlegung nicht-strategiekonformer, das heißt grundsätzlich zu vermeidender Risiken. Die Einhaltung der Risikostrategie wird laufend überwacht. Die Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns müssen dafür Sorge tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methode messbar sind.

Das Risikohandbuch, das den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der Risikostrategie und dem Risikohandbuch.

Verantwortlichkeiten

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet.

Die interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Im Konzern existieren die nachfolgend genannten Gremien im Risikomanagementprozess:

- Der Dispositionsausschuss steuert die strategischen Marktrisikopositionen des Bankbuches.
- Das Kapitalmanagement-Komitee ist zuständig für die Koordination von Kapitalmaßnahmen zur Umsetzung gesetzlicher und bilanzieller Anforderungen an das Kapitalmanagement.
- Im Kreditrisikokomitee erfolgt die Diskussion und Votierung konzeptioneller Themen im Kredit- und Kreditrisikocontrolling-Umfeld.
- Das Allgemeine Produkt Komitee koordiniert den Genehmigungsprozess bei der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Märkten, Produktvarianten, Währungen und EDV-Systemen.
- Das OpRisk-Komitee ist zuständig für die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagement- und -früherkennungssystems für operationelle Risiken.

Der Bereich Risiko und Controlling ist die unabhängige konzernweite Risikoüberwachungseinheit – bezogen auf alle Risikoarten. Der Bereich hat die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Identifikation, Messung, Aggregation und Limitierung von Risiken sowie die Verantwortung für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Risiko und Controlling übernimmt das operative Risikocontrolling. Weiterhin erstellt und entwickelt der Bereich den monatlichen konzernweiten Top Management Report, in dem über die Finanz- und Risikolage des Konzerns berichtet wird.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist im Konzern definierten Verantwortungsträgern zugeordnet. So erfolgt beispielsweise die Gesamtbankrisikosteuerung durch den Gesamtvorstand, die Marktpreisrisikosteuerung der Handelseinheiten im Kapitalmarktgeschäft und die Risikosteuerung für das Bankbuch im Dispositionsausschuss. Die Risikosteuerung im Kreditbereich wird beispielsweise für Einzelkreditnehmer durch die jeweiligen Entscheidungsträger gemäß der Kompetenzordnung wahrgenommen, für die Liquiditätsrisiken ist der Bereich Treasury zuständig.

Gesamtrisikosteuerung

Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und den aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risiko und Controlling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk. Auf Basis des Top Management Reports und des Aufsichtsratsreports, in denen alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, wird in den Sitzungen des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk definiert der Konzern die Risiken, deren Auswirkungen schwerwiegend genug sind, um den Fortbestand des Konzerns als Ganzes zu gefährden. Hierzu zählen:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Länderrisiken),
- Anteilseignerrisiken,
- Liquiditätsrisiken,
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken inklusive Cashflow und Fair Value, Währungsrisiken, Aktienkursrisiken),
- Immobilienrisiken und
- Operationelle Risiken.

Mit der Definition der Anteilseigner- und Immobilienrisiken als wesentliche Risiken werden über den MaRisk- und Marktstandard hinaus Institutsspezifika berücksichtigt.

Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit werden die Risikoarten in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko wird den nicht-monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktproblem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann nicht durch die Unterlegung mit Risikokapital abgewendet werden.

Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller, noch nicht berücksichtigter Vermögenswertverluste, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept. Das Konzept des internen Konsolidierungskreises (IKK) als Teil des Stufenkonzepts stellt sicher, dass für alle wesentlichen Risiken ein Prozess definiert ist, der die MaRisk-Anforderungen zum Risikomanagement auf Gruppenebene erfüllt. Für Gesellschaften innerhalb des IKK wird nach dem Transparenzprinzip eine risikoartenbezogene Einzelbetrachtung der Risiken vorgenommen. Die Risikoangaben erfolgen in den Abschnitten zu den einzelnen Risikoarten für das Einzelinstitut LBB. Zusätzlich werden aus IKK-Sicht die Werte für den Konzern LBBH angegeben. Alle anderen Gesellschaften außerhalb des IKK, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden als Anteilseignerrisiken dargestellt. Das Stufenkonzept wird regelmäßig überprüft. Dadurch wird sichergestellt, dass wirtschaftlich wesentliche Risiken in die Risikosteuerung einbezogen werden.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken (monetäre Risiken), das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zugrunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko gegenübergestellt wird. Abgerundet wird die Bewertung der Gesamtrisikolage durch die Berücksichtigung der Ergebnisse verschiedener Stresstests, die sowohl die Risiken als auch die Kapitalseite mit einbeziehen.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt.

Gemäß § 27 Pfandbriefgesetz muss jede Pfandbriefbank über ein für das Pfandbriefgeschäft geeignetes Risikomanagementsystem verfügen. Grundsätzlich ist das Risikomanagement der Deckungsstöcke in das Gesamtbank-Risikomanagementsystem des Konzerns für Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie für operationelle und sonstige Risiken eingebunden. Darüber hinaus bestehen Limite, welche der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben dienen. Die Einhaltung dieser Limite für das Risikomanagement der Deckungsstöcke wird täglich überwacht und monatlich im Rahmen des Top Management Reports dem Vorstand dargestellt.

Interne Kapitaladäquanz

Das Kapitalmanagement-Komitee koordiniert konzernweit Maßnahmen, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicherstellen. Hierzu wird die Entwicklung der Risikopositionen der wichtigsten Konzerngesellschaften und des Konzerns auf Basis der verabschiedeten Mittelfristplanung sowohl der internen (ökonomischen) als auch der bilanziellen und der regulatorischen Kapitalausstattung gegenübergestellt.

Die LBB verzichtet gemäß § 2a Abs. 6 KWG auf eine separate Risikotragfähigkeitsrechnung für das Einzelinstitut LBB als übergeordnetes Unternehmen der Gruppe nach § 25a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 KWG in Verbindung mit § 25a Abs. 1a KWG. Dargestellt wird die Risikotragfähigkeit für den Konzern LBBH.

Die Entwicklung der Risiken und der Risikodeckungsmasse wird im Rahmen der Mittelfristplanung berücksichtigt und ist darüber in den weiteren Prozessen, wie zum Beispiel die Planung von Kapitalmaßnahmen, berücksichtigt. Die Planung erfolgt unter Berücksichtigung der absehbaren Risiko- und Kapitaleffekte sowohl auf Ebene der strategischen Geschäftsfelder als auch auf Konzernebene mit dem Ziel, die Risikotragfähigkeit im Planungszeitraum sicherzustellen.

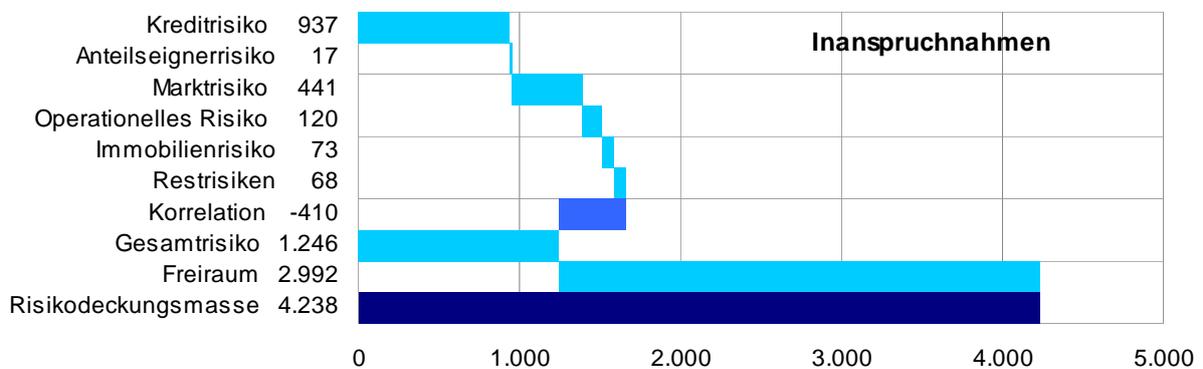
Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert. Zur Vermeidung einer nicht steuerungsrelevanten Volatilität der Risikodeckungsmasse wird die Neubewertungsrücklage mit einem Durchschnittswert aus den vorangegangenen Drei-Monats-Ultimos angesetzt. Die Risikodeckungsmasse des Konzerns betrug per 31. Dezember 2010 4.238 Mio. €. Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch

in Stresssituationen und bei der theoretischen Vollausslastung des aktuellen Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2010 im Konzern wie folgt dar:

Inanspruchnahmen nach Risikoarten für den Konzern LBBH in Mio. €



Die Stresstests des Konzerns werden auf Basis von fünf Szenarien nach einheitlichem Verfahren durchgeführt. Dabei werden die Auswirkungen auf die wesentlichen Ertrags- und Risikokennzahlen und damit auf das bilanzielle, das ökonomische und das regulatorische Kapital und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ermittelt. Die regulatorische und ökonomische Risikotragfähigkeit waren dabei aber jederzeit gegeben.

	31.12.2010		
	Freiraum RTF Mio. €	Kernkapitalquote SolvV %-Punkte	Gesamtkennziffer SolvV %-Punkte
Normal	2.992	10,1	12,8
Veränderungen Stresstest			
Stressszenario Rezession	-1.106	-2,4	-3,9

RTF: Risikotragfähigkeit, SolvV: Solvabilitätsverordnung

Im dargestellten Szenario „Rezession“ werden die größten Auswirkungen auf die Kennzahlen simuliert. Die Parametrisierung dieses Szenarios entspricht in Anlehnung an die Anforderungen der MaRisk einer schweren wirtschaftlichen Krise. Die Effekte lassen sich im Wesentlichen aus den Veränderungen im Kreditrisiko und im Marktpreisrisiko erklären.

Die ermittelte theoretische Erhöhung der Kreditrisikovorsorge und des Kreditrisikos bewirkt die Veränderung des Freiraums der Risikotragfähigkeit in Höhe von circa -600 Mio. € der hier ausgewiesenen -1.106 Mio. €. Darüber hinaus sind -1,3 %-Punkte der oben ausgewiesenen Kernkapitalquotenveränderung (-2,4 %-Punkte) durch das Kreditrisiko begründet.

Die theoretischen Veränderungen der Ergebnisse im Marktpreisrisiko führen zu einer Veränderung des Freiraums der Risikotragfähigkeit in Höhe von circa -430 Mio. € der oben ausgewiesenen -1.106 Mio. €. Darüber hinaus sind -1,0 %-Punkte der oben ausgewiesenen Kernkapitalquotenveränderung (-2,4 %-Punkte) durch das Marktpreisrisiko begründet.

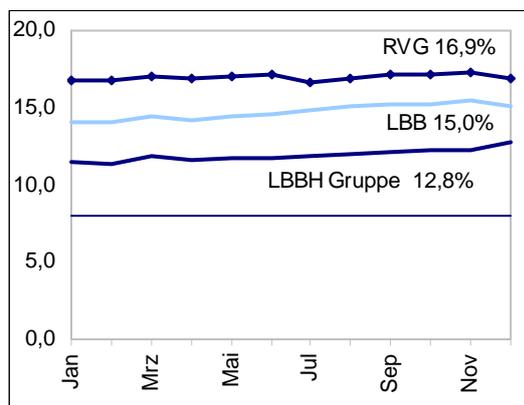
Darüber hinaus wurde ein Prozess zur Identifikation, Steuerung und zum Reporting von Risikokonzentrationen etabliert.

Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)

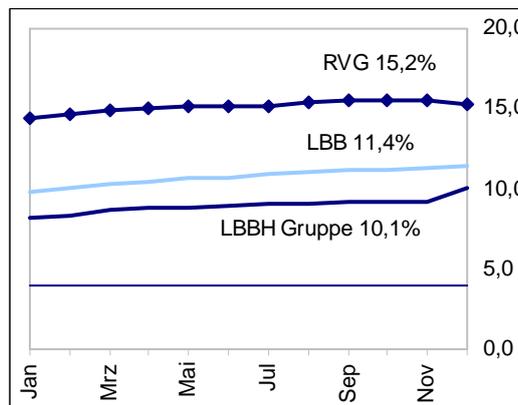
Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft im Jahr 2007 gehört die LBBH-Gruppe aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen nachfolgend die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene des Einzelinstituts LBB sowie der Gruppen LBBH und RVG aus.

Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote beziehen sich auf die der Aufsicht zum jeweiligen Stichtag gemeldeten Werte. Per 31. Dezember 2010 werden für die LBB und LBBH-Gruppe die Werte nach Feststellung des Jahresabschlusses dargestellt. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBBH-Gruppe betragen nach Feststellung per 31. Dezember 2010 4.081 Mio. €. Die Änderung der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2010 resultiert insbesondere aus der durch die S-Erwerbsgesellschaft erfolgte Abschreibung von 11 % auf den Buchwert der gehaltenen Anteile an der Holding.

Gesamtkennziffer (SolvV)



Kernkapitalquote (SolvV)



Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Parallel zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wurde der Grundsatz I berechnet, um den von der Aufsicht vorgegebenen Floor zu erfüllen.

Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 80 % unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected Loss für Beteiligungen und wird den Eigenmitteln der Bank gegenübergestellt. Hierbei darf der Wert der Eigenmittel nicht überschritten werden. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung laufend eingehalten.

Die Landesbank Berlin hat an den EU-weiten aufsichtsrechtlichen Stresstests als eine von 14 deutschen Banken teilgenommen. Die Kernkapitalquote, die unser Haus im adversen Szenario dieses Stresstestes unter Berücksichtigung des Sovereign Risk Schocks erreichte,

betrug 11,2 % und lag damit deutlich oberhalb der von den Aufsichtsbehörden vorgesehen Grenzquote von 6 %.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredites ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche und zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäftes bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Ziel eines jeden Geschäftes ist es, einen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und damit zu einer kontinuierlichen Wertsteigerung des Konzerns zu leisten. Geschäfte sind nur innerhalb bestehender Limite für die mit dem Engagement verbundenen Adressenausfallrisiken zulässig. Für die Einräumung von Handelslimiten gelten besondere Prozesse. Risikokonzentrationen hinsichtlich Einzeladressen („Klumpen“), Regionen und Branchen sind nach Möglichkeit gering zu halten.

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken in der LBB basiert auf einer risiko- adäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung basiert im Wesentlichen auf dieser Größe.

Aufgrund der Orientierung am Risikogehalt der Positionen gibt es bei einigen Produkten quantitative Unterschiede zwischen dem CCE und der bilanziellen Sicht auf das Forderungsvolumen:

- Für Handelsgeschäfte inklusive Geschäften in Wertpapieren und Derivaten wird auf Basis von Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmerrisiken das CCE berechnet. Zusätzlich werden bei den Kontrahentenrisiken Aufschläge (Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt.

- Eine Risikominderung entsteht durch Netting-Vereinbarungen sowie die Aufrechnung von Long- und Short-Positionen bei Emittentenrisiken oder durch Kompensationsvereinbarungen.
- Durchgereichte Förderkredite, die kein Risiko für die LBB darstellen, werden nicht einbezogen.

Das gesamte Current Credit Exposure der LBB betrug zum 31. Dezember 2010 rund 68 Mrd. €. Dabei entfielen etwa 21 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft, die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von rund 47 Mrd. € im CCE enthalten.

Der überwiegende Teil des CCE entfiel auf das strategische Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft.

Neben dem CCE wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich auch nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt es sich sowohl um widerrufliche als auch unwiderrufliche Zusagen.

Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposure sowie des CCE ergab sich für die LBB zum 31. Dezember 2010 folgende Aufteilung nach den strategischen Geschäftsfeldern:

Strategisches Geschäftsfeld

Mio. €	31.12.2010			
	Credit Exposure	Current Credit Exposure	Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken
Private Kunden	9.903	3.904	3.904	0
Firmenkunden	6.877	4.940	4.940	0
Immobilienfinanzierung	11.977	9.658	9.658	0
davon Hypothekendarlehen	11.977	9.658	9.658	0
Kapitalmarktgeschäft	37.746	37.384	2.393	34.991
Sonstige	11.991	11.991	0	11.991
LBB	78.494	67.876	20.894	46.983
Konzern LBBH	123.871	112.248	38.502	73.746

Hier und in allen folgenden Tabellen werden Werte kaufmännisch gerundet, so dass es dazu kommen kann, dass die angegebenen Summenwerte geringfügig von der Summe der Einzelpositionen abweichen.

Die LBB geht vornehmlich Kreditrisiken in Berlin und der Bundesrepublik Deutschland sowie zu einem geringeren Teil auch im europäischen Ausland ein. Im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung betreut die LBB Kunden mit Beleihungsobjekten im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Das Kapitalmarktgeschäft führt überwiegend zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken im In- und Ausland.

CCE regionale Verteilung

Mio. €	Current Credit Exposure	31.12.2010	
		Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken
Deutschland	37.801	17.611	20.190
Berlin	12.671	8.898	3.773
Alte Bundesländer	21.643	6.595	15.048
Neue Bundesländer	3.487	2.117	1.369
Ausland	30.073	3.282	26.792
EU	21.474	1.470	20.004
Rest Ausland	8.600	1.812	6.788
Sonstige	2	1	0
CCE LBB	67.876	20.894	46.983
CCE Konzern LBBH	112.248	38.502	73.746

Die Branchenaufteilung zeigt ein analoges Bild: Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkundengeschäft bestimmt. Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden insbesondere mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

CCE Branchenaufteilung

Mio. €	Current Credit Exposure	31.12.2010	
		Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken
Immobilienfinanzierung	7.584	7.274	310
Kreditgewerbe	39.025	3.214	35.812
Enthaftetes Geschäft (DetV)	2.974	1.942	1.032
Privatpersonen	3.464	3.464	0
Handel & Gewerbe	1.626	1.377	249
Dienstleistungen	2.598	2.323	275
Gesundheit & Soziales	245	244	1
Gebietskörperschaften	8.999	261	8.739
Beteiligungsgesellschaften	659	429	229
Versicherungen	147	27	120
Chemische Industrie	105	26	79
Sonstige	449	314	136
CCE LBB	67.876	20.894	46.983
CCE Konzern LBBH	112.248	38.502	73.746

CCE Restlaufzeiten

Mio. €	Current Credit Exposure	31.12.2010	
		Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken
unter drei Monate	9.987	4.922	5.065
drei Monate bis ein Jahr	7.307	893	6.414
ein Jahr bis fünf Jahre	32.006	5.460	26.546
über fünf Jahre	18.577	9.618	8.958
CCE LBB	67.876	20.894	46.983
CCE Konzern LBBH	112.248	38.502	73.746

In der folgenden Tabelle wird die Kreditqualität der finanziellen Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, anhand ihrer Risikoklasse dargestellt.

CCE Kreditqualität

Mio. €	Current Credit Exposure	31.12.2010	
		Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken
Risikoklasse			
1 - 3	56.919	11.643	45.276
4 - 7	4.782	3.835	947
8 - 12	3.280	2.896	384
13 - 15	812	701	112
Risikoklasse nicht verfügbar	241	24	217
CCE LBB, weder überfällig noch wertgemindert	66.034	19.099	46.935
Anteil am gesamten CCE LBB	97,3%	91,4%	99,9%
Gesamt CCE LBB	67.876	20.894	46.983
CCE Konzern LBBH	112.248	38.502	73.746

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Gesamtengagement der LBB in solchen Ländern, deren Staatsverschuldungen im Jahr 2010 in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt sind.

CCE ausgewählter Staaten

Mio. €	31.12.2010	
	Current Credit Exposure	Netto CCE
Griechenland		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	0	78
Staat	116	116
Irland (Republik)		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	1.019	932
Staat	0	0
Italien		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	2.575	2.593
Staat	459	459
Portugal		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	153	272
Staat	0	0
Spanien		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	2.393	2.286
Staat	220	257
LBB CCE ausgewählter Staaten	6.936	6.994
Konzern LBBH CCE ausgewählter Staaten	8.989	9.064

Das Netto CCE setzt sich aus dem Current Credit Exposure abzüglich Sicherheiten plus Risikoübertrag aus Garantiebeziehungen (garantierte Emissionen und Kreditversicherer) zusammen.

Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden in der LBB verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Bei den Kreditrisiken bilden Sach- und Personensicherheiten im Gesamtwert von circa 14 Mrd. € das wesentliche Element. Darüber hinaus werden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting im Umfang von rund 8 Mrd. € reduziert. Dieses Verfahren ermöglicht es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, sogar bei dessen Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten vorgenommen. Kreditderivate werden in Höhe von etwa 5 Mrd. € und Collaterals mit einem Volumen von rund 2 Mrd. € berücksichtigt.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge. Diese ist für den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung der Sicherheiten sowie für die Verwaltung der Kreditrisikominderungstechniken zuständig. Dazu werden die Sicherheiten in einem zentralen IT-gestützten Sicherheitensystem erfasst und verwaltet.

Die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten erfolgt in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich, bei kritischen Engagements jedoch in kürzeren Intervallen. In diesem Rahmen werden die Sicherheiten gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen.

Die Überwachung der Immobilien setzt die LBB gemäß § 20a Abs. 6 KWG um. Bewertungen inländischer und ausländischer Immobilien werden turnusbezogen alle drei Jahre beziehungsweise ab einem Kreditrestbetrag und Beleihungswert ab 1,5 Mio. € jährlich überprüft. Anlassbezogen wird die Bewertung bei eingetretenem 90-Tage-Verzug, Kenntnis über den gesunkenen Marktwert der Immobilie oder bei Ratingverschlechterung überprüft. Die Marktschwankungskonzepte des Zentralen Kreditausschusses für Wohnen und Gewerbe werden angewendet. Entsprechend der strategischen Ausrichtung des Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung liegen der Schwerpunkt des Portfolios und demzufolge auch der Großteil der Sicherheiten in den alten Bundesländern.

Kreditrisikomessverfahren

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Rating- und Scoringverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten kalibriert und führen zu einer Einstufung innerhalb der 25-stufigen Rating-Masterskala. Diese Masterskala wird in allen strategischen Geschäftsfeldern angewendet und ermöglicht die Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg.

Die LBB verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die sie in Projekten mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt hat. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig überprüft und optimiert.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherungsgrad eines Engagements werden für die interne Steuerung zu einer Risikoklasse verdichtet. Für diese wird ebenfalls die 25-stufige Masterskala verwendet. Die Risikoklasse ist maßgebliches Kriterium der Kreditvergaberichtlinien, für die Intensität der Kreditüberwachung und bestimmt die Kreditkompetenz.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Subperforming Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Nonperforming Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie fließt in den monatlichen Top Management Report sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposures, der Ratingnote, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die größten Risikokonzentrationen werden im Konzernkreditrisikoreport dargestellt. Dieser wird durch eine monatlich dem Vorstand vorgelegte detaillierte Aufgliederung der Risikokonzentrationen ergänzt.

Im Jahr 2010 wurde das Kreditportfoliomodell umfassend überarbeitet. Eine wesentliche Veränderung ist die Ausrüstung des Modells mit einem „Migration Mode“. Dieser ermöglicht die modellhafte Berücksichtigung von Wertänderungen kapitalmarktnaher Finanzinstrumente aufgrund von Ratingmigrationen. Die Inbetriebnahme der neuen Modellversion erfolgte zum Jahresanfang 2011.

Kreditüberwachung

Die LBB überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und aktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Watchlists erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Die LBB aktualisiert und verfeinert die Qualität ihrer Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

Risikobeschränkung

Adressenausfallrisiken werden auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer wie auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

Einzelkreditnehmerlimite

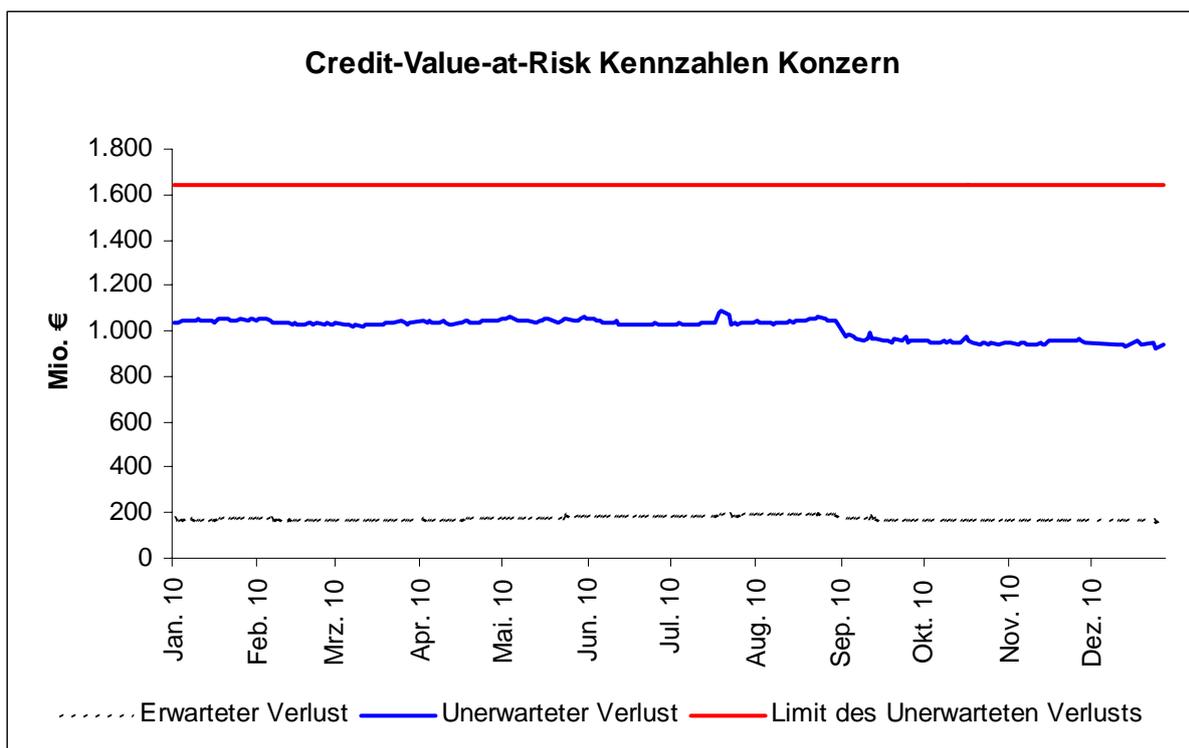
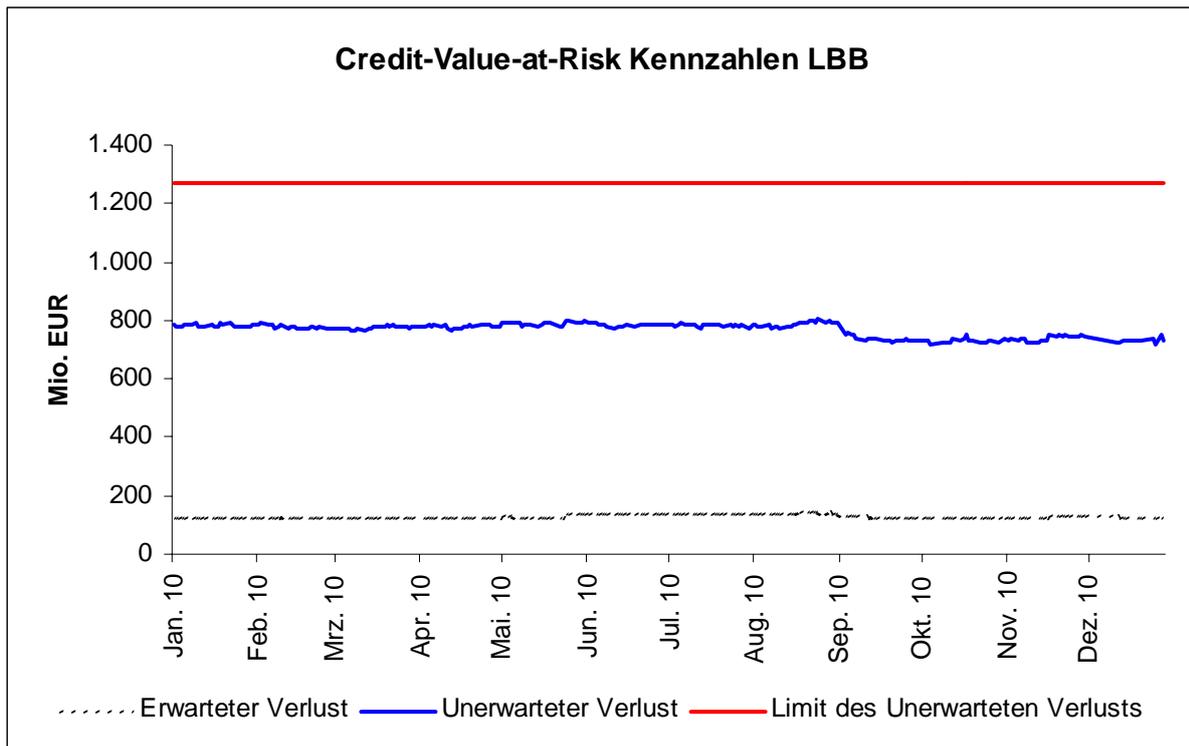
Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess unterworfen.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Engagementhöhe und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgen dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

Portfoliosteuerung

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den erwarteten wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der strategischen Geschäftsfelder wie auch der Teilbanken und des Konzerns.

Der unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein. Im Folgenden sind für die LBB der erwartete Verlust, der unerwartete Verlust (99,9 %) sowie dessen Limit im Jahresverlauf 2010 dargestellt. Die Reduktion des unerwarteten Verlusts (99,9 %) im September ist auf den Ausfall eines größeren Kreditnehmers zurückzuführen. Bereits ausgefallene Kreditnehmer gehen nicht mehr in die Berechnung der Kreditrisikokennzahlen ein, die sich dadurch reduzieren. Die Wertkorrekturen der Engagements werden im Rahmen der Kreditrisikovorsorgeprozesse auf die Risikodeckungsmasse angerechnet.



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die Limithöhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand beschlossen.

Länderlimite beschränken das Netto Potential Future Exposure (Netto PFE). Dies entspricht dem CCE inklusive Add Ons nach Berücksichtigung der Sicherheiten. Im Herbst 2010 hat die LBB beschlossen, auch für einige EU-Länder Limite einzuführen, insbesondere für Portugal, Spanien, Irland, Italien und Griechenland.

Auslandsvolumen

in Mio. €	2010
	Netto PFE
ohne Limitierung des Auslandsvolumens	19.116
Euro-Zone	7.782
Rest EU	5.943
Europa	1.102
Nordamerika	4.289
Limitiertes Auslandsvolumen mit	9.779
geringem Transferrisiko	9.441
mittlerem Transferrisiko	296
erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating	43
LBB	28.895
Konzern LBBH	39.478

Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumina nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für die Kreditengagements in Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

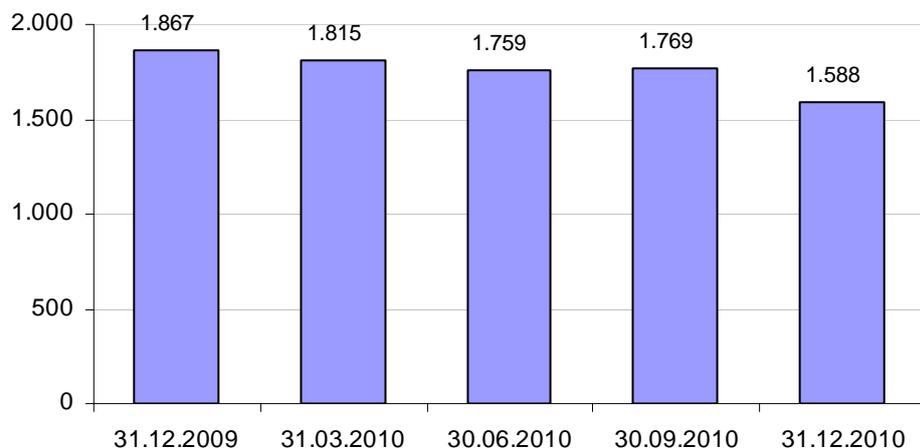
Behandlung von Problemkrediten

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden. Im Rahmen der Sanierung kam es bei Engagements mit einem CCE in Höhe von 65,1 Mio. € zu Konditionsanpassungen ohne Bildung einer Wertberichtigung.

Das CCE und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

Das CCE der Nonperforming Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, ist seit Dezember 2009 gesunken. Der Anteil am Gesamtexposure der LBB lag zum 31. Dezember 2010 bei 2,3 %, für den Konzern LBBH lag das CCE der Nonperforming Loans bei 2,8 Mrd. € beziehungsweise der Anteil am Gesamtexposure bei 2,5 %.

Current Credit Exposure der Nonperforming Loans der LBB in Mio. €



Bildung der Kreditrisikovorsorge

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder entscheidet der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

In einem Report an den Vorstand wird monatlich sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Ergebnisse der oben beschriebenen Parameter des Kreditrisiko-Messverfahrens (Ratingnote, Ausfallwahrscheinlichkeit, Verlustquote) ein.

Anteilseignerrisiken

Das Anteilseignerrisiko umfasst das Risiko von Verlusten aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital und eigenkapitalnahen Mitteln an Dritte. Das betrifft in Beteiligungen gebundenes Kapital wie auch mit den Beteiligungen verbundene weitere Verpflichtungen.

Für das Beteiligungsportfolio ist die Fokussierung auf unternehmerisch vorteilhafte, die Wertschöpfungskette unterstützende Beteiligungen vorgesehen. Die Reduktion des Beteiligungsbestandes um nicht mehr benötigte oder in Abwicklung befindliche Beteiligungen wird fortgesetzt.

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Berechnungen zur Risikotragfähigkeit integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Angemessenheit der Risikobestimmung.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstestings wurden als maßgebliche Risikofaktoren die Bonität der Beteiligungen, deren Ertragskraft und deren Unternehmenswerte identifiziert. Dabei erfolgt eine Variation der Parameter Ratingeinstufungen, Beteiligungserträge und Wertberichtigungen.

Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den strategischen Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden. Das strategische Geschäftsfeld, dem die jeweiligen Anteile zugeordnet wurden, trägt die Verantwortung für die risiko- und ergebnisorientierte Steuerung der Beteiligungen. In der Risikostrategie der jeweiligen Geschäftsfelder werden die Beteiligungen berücksichtigt und Aussagen über die strategische Ausrichtung getroffen. Der Vorstand der LBB wird monatlich im Rahmen des Top Management Reports über die Risikolage informiert.

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des risikostrategischen Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, wurden folgende Teilportfolien gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten,
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle,
- Beteiligungen an Dienstleistern,
- Verbundbeteiligungen,
- Bündelung des Immobilienbestands der LBB,
- Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

Insgesamt hat sich das Anteilseignerrisiko gegenüber dem Vorjahr durch Verkäufe beziehungsweise Liquidationen in der LBB um 1,5 Mio. € oder 8 % reduziert. Das Anteilseignerrisiko des Konzerns LBBH hat sich ebenfalls um rund 1,5 Mio. € oder 8 % verringert. Mit der Atos Worldline Processing GmbH ist eine wesentliche Beteiligung zur Jahresmitte 2010 veräußert worden.

Aufgrund der erfolgten Abgänge und da keine wesentlichen Neuengagements geplant sind, wurde das Limit für Anteilseignerrisiken im Berichtsjahr entsprechend gesenkt.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

Die Gewährleistung der zentralen Liquiditätsversorgung des Konzerns ist Aufgabe des Bereichs Treasury und Trading im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft. Ziel der Liquiditätsplanung und -steuerung ist, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auch in Krisensituationen sicherzustellen.

Auswirkungen der Finanzkrise

Die seit Ausbruch der Finanzkrise 2007 eingeschränkte Funktionsfähigkeit der Refinanzierungsmärkte bestand auch im Jahr 2010 fort. Sie wurde insbesondere durch Unsicherheiten über die Zahlungsfähigkeit der Staaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien ausgelöst. Die Märkte sind weiterhin abhängig von massiven Unterstützungsmaßnahmen durch andere Staaten und deren Notenbanken, auch wenn seit dem dritten Quartal mit dem Auslaufen von zwei Jahrestendern eine Tendenz zur Reduzierung der Maßnahmen durch die EZB erkennbar ist. Von einer Normalisierung der Märkte kann jedoch nicht gesprochen werden.

In diesem herausfordernden Umfeld ist die Refinanzierungs- und Liquiditätssituation der LBB als geordnet zu bezeichnen. Für die LBB hat sich diese Entwicklung eher in den Refinanzierungspreisen statt in den Volumina niedergeschlagen. Im gesamten Jahresverlauf gelang es, das Geschäftsvolumen vollständig und unter Aufrechterhaltung angemessener Reserven in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten zu refinanzieren.

Grundlagen und Liquiditätskennziffer

In der LBB wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist.

Die Liquidität der Bank gilt nach der „Verordnung über die Liquidität der Institute“ (Liquiditätsverordnung) als ausreichend, wenn die in den nächsten 30 Kalendertagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die Zahlungsverpflichtungen mindestens abdecken. Darüber hinaus werden mit einem Horizont bis 360 Tage Beobachtungskennziffern errechnet. Maßgebliche Bestimmungsgrößen sind tatsächliche und erwartete Zahlungsströme sowie der Bestand an hochliquiden Vermögenswerten. Die Liquiditätskennziffer gibt das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen innerhalb des ersten Monats an. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffer muss täglich erfüllt und jeweils mit Stand Monatsultimo bis zum 15. Werktag des Folgemonats an die Bundesbank gemeldet werden. Als Differenz zwischen den Zahlungsmitteln und Zahlungsverpflichtungen kann ein Zahlungsmittelüberschuss errechnet werden.

Die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung betrug per 31. Dezember 2010 für die LBB 1,81 (Vorjahr 2,05). Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern wurden eingehalten. Die niedrigste Kennziffer der LBB im Jahr 2010 belief sich auf 1,61.

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Zusätzlich wird für die LBB ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling vorgenommen, das sich grundsätzlich an der Methodik der Liquiditätsverordnung orientiert. Es wurden jedoch zusätzliche Stresstests mit Modellparametern eingeführt, die zwar auf den Vorgaben der Liquiditätsverordnung basieren, aber zum Teil deutlich konservativer angesetzt sind.

Das interne Liquiditätsrisikocontrolling ist unterteilt in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko. Diese interne Einteilung berücksichtigt das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitspektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. Basis der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling darauf überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns und somit auch der LBB gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen unter anderem den teilweisen Abfluss kurzfristiger Einlagen, die partielle Ziehung zugesagter Kreditlinien, Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen und auf der Passivseite erschwerte Refinanzierungsbedingungen.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarkrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Reporting der Liquiditätsrisiken

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand zweimal wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage

an die Bankenaufsicht (BaFin) informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2010 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko im Jahresverlauf unbedenklich.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisikopolitik des Konzerns beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stresstests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

Risikokonzentrationen

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Konzernunternehmen, bei den stark diversifizierten Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin/Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu circa 80 % im deutschen Raum. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf 30 % geschätzt wird.

Da sich aufgrund der Finanzmarktkrise die unbesicherten Bondmärkte mit großvolumigen Emissionen nicht wirtschaftlich nutzen ließen, führte die LBB die Mehrzahl der notwendigen Refinanzierungen im Jahr 2010 mit Hilfe von Privatplatzierungen durch. Bei Neuemissionen von Pfandbriefen der LBB wurde im Berichtsjahr auf Jumbotransaktionen verzichtet, da sich auch hier Privatplatzierungen als wirtschaftlich sinnvollere Alternative gezeigt haben. Der Absatz sowohl der gedeckten als auch der ungedeckten Neuemissionen erfolgte mit einem Anteil von mehr als 90 % im Inland.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern hat.

Die LBB geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Aktien- und Währungsrisiken sowie sonstigen Preisrisiken (insbesondere Credit Spread Risiken) in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Im Vordergrund der Zinsänderungsrisikosteuerung im Bankbuch steht der Ausgleich von Zinsänderungsrisiken aus Kundengeschäften und der langfristigen Refinanzierung sowie die langfristige Generierung von Fristentransformationserträgen aus der Zinsstrukturentwicklung und eine Ertragserzielung aus der Anlage des Eigenkapitals. Ergänzend werden im Zinsmanagement Investitionen innerhalb anderer Risikoarten im Rahmen langfristiger Strategien eingegangen.

Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierte Risikostrategie eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten (Value-at-Risk (VaR)-Limite; 10-tägiger Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Die Risikosteuerung für die **Handelsaktivitäten** erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimiten/-auslastungen, der Stresstestergebnisse und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro strategischem Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach strategischem Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (zum Beispiel Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite).

Die Steuerung des **Bankbuchs** erfolgt durch den Dispositionsausschuss des Vorstands, der alle zwei Wochen berät und über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos entscheidet.

Hierzu werden ebenfalls die genannten Verfahren zur Kontrolle der Handelsgeschäfte genutzt und ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) und Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, herangezogen. Durch die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ertragseffekte wird die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung wird durch die Analysen des laufenden Ertrags weiter fundiert.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das Allgemeine Produkt Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen Produkt Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Die Kontrolle der Marktpreisrisiken erfolgt unabhängig vom Handel im Bereich Risiko und Controlling.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken besteht aus einem System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Das regelmäßige Reporting der Marktpreisrisiken ist dabei elementarer Bestandteil, da hierdurch der Informationsfluss im Konzern sichergestellt wird. Gegebenenfalls notwendige Steuerungsmaßnahmen können somit den Kontrollen kurzfristig folgen.

Seit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung der internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kurs- und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung wird die Marktrisikoposition auf Basis dieses internen Modells an die BaFin gemeldet.

Reporting der Marktpreisrisiken

Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an das für das Risiko-Controlling sowie das für das Kapitalmarktgeschäft zuständige Vorstandsmitglied der LBB berichtet.

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche,
- täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Ressort-Vorstandsmitglieder,
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- monatliche Berichterstattung gemäß MaRisk an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf.

Die im Konzern eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Dies gilt insbesondere für die außergewöhnlichen Marktentwicklungen während der Griechenland- und Irlandkrise im Mai und November 2010. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert.

Marktpreisrisikolimits und -inanspruchnahmen in der LBB

In der nachfolgenden Tabelle werden die Durchschnittswerte, Maxima und Minima den Limits gegenübergestellt. Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

Value-at-Risk LBB

in Mio. €	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	31.12.2010	31.12.2009
Kapitalmarktgeschäft LBB	67	79	37	36	187	196	170	180
Trading	6	11	3	5	17	20	60	40
Client Business	8	11	4	4	22	22	25	25
Treasury	61	71	32	34	168	172	150	180
Internationales Geschäft	1	1	0	0	2	2	5	5
Bankbuch LBB	43	60	25	26	113	166	150	150
LBB	76	97	43	43	205	217	320	330
Aktienrisiko	17	19	14	11	35	47		
Währungsrisiko	7	9	4	1	13	26		
Zinsrisiko	41	53	19	17	90	123		
Credit Spread Risiko	48	72	23	34	113	165		
LBB	76	97	43	43	205	217		
Konzern LBBH	108	157	56	85	341	336	400	400

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die LBB-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting der LBB werden ausführlich Detail- und Einzelrisiken dargestellt. Hinzu kommen eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie fünf Risikostress-Szenarien. Um Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden, gibt es ferner einen Pool verschiedener Stress-Szenarien, von denen jeweils die fünf größten Verlust-Szenarien berichtet werden. Im Berichtsjahr gab es keine besonderen Konzentrationen von Marktpreisrisiken auf Einzeltitel.

Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die künftige Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt. Es ist limitiert und wird regelmäßig überwacht. Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Die LBB war per Jahresende gegenüber Zinsschwankungen aktivisch aufgestellt. Das Exposure ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen.

Die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100 und -100 Basispunkte in der LBB und dem Konzern LBBH beziehungsweise um +130 und -190 Basispunkte für das Anlagebuch der LBB werden im Rahmen der Szenario-Berechnungen ermittelt.

Fehler! Keine gültige Verknüpfung.

Die Methodik der Szenarioberechnung beruht auf einer kompletten Neubewertung des Portfolios unter Berücksichtigung optionaler Bestandteile und mit einer Begrenzung der Zinsbewegung nach unten bei Null. Daraus resultiert die zu beobachtende Asymmetrie bei Zinsanstieg und Zinsverfall.

Währungsrisiken

Die LBB geht keine wesentlichen Positionen in Währungen ein. Das in der Übersicht Value-at-Risk LBB aufgezeigte Währungskursrisiko in Höhe von durchschnittlich 7 Mio. € stammt überwiegend aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Assets und deren Refinanzierung, Restbeträgen bei Kundengeschäften, der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Das größte Fremdwährungsrisiko per Jahresende bestand in Wechselkursänderungen des US-Dollar.

Aktien- und Fondsriskiken

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im Trading sowie aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Im Jahresverlauf 2010 hielt die LBB ein weit diversifiziertes Fondsportfolio überwiegend im Anlagebuch. In der Risikomessmethodik werden Fonds wie Aktien behandelt. Im Handelsbuch wird nach Möglichkeit eine Durchschau vorgenommen. Hinzu kommen spezifizierte Stresstests für verschiedene Fondsgattungen.

Verlauf des Marktpreisrisikos der LBB

Das Marktpreisrisiko ist im Vergleich zum 31. Dezember 2009 um 34 Mio. € auf 83 Mio. € gestiegen. Im Jahresdurchschnitt betrug es 76 Mio. €.

Bis Mitte April 2010 ist das Risiko aufgrund merklich beruhigter Marktbewegungen und das Ausbleiben stresshafter Sprünge stetig zurückgegangen. Der darauf folgende starke Risikoanstieg Anfang Mai auf 205 Mio. € in der LBB resultierte vor allem aus dem Kapitalmarktgeschäft aufgrund von stresshaften Bewegungen in Credit Spreads von Banken- und Finanztiteln sowie von europäischen Staatsanleihen vor dem Hintergrund der griechischen Finanzkrise. Dies hatte zur Folge, dass im Kapitalmarktgeschäft der LBB das Risikolimit kurzzeitig überschritten wurde. Vor dem Hintergrund der auf europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen wurde in der LBB entschieden, auf eine aktive Gegensteuerung zu verzichten.

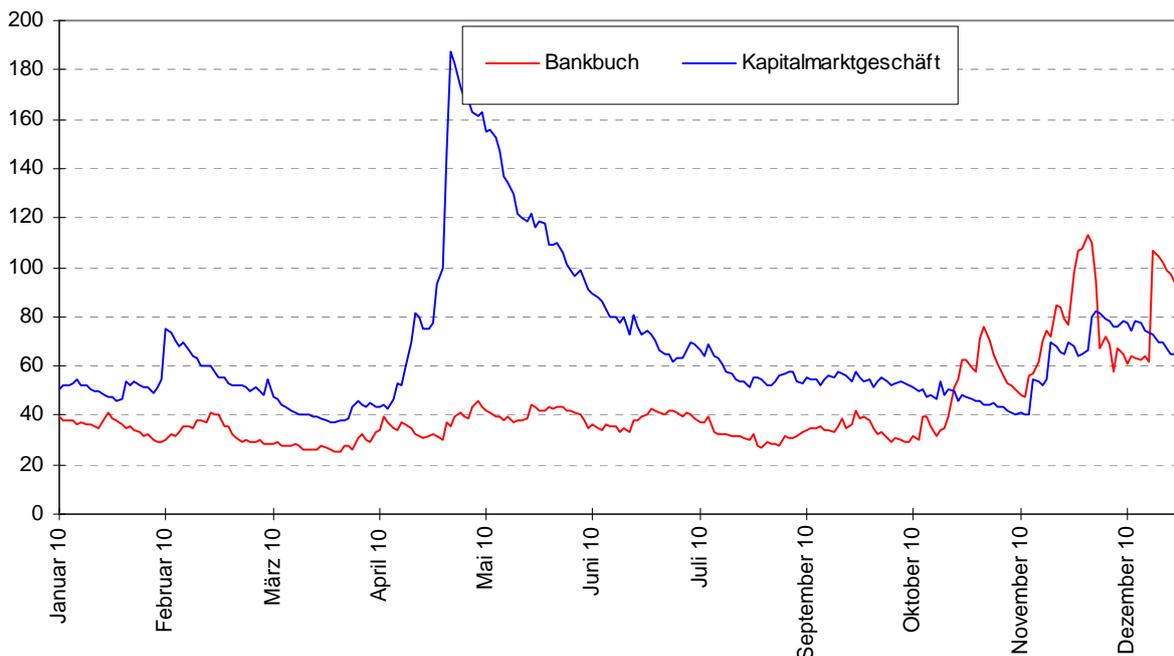
Die Beruhigung der Marktvolatilitäten ab Mitte Mai führte zur Fortsetzung des stetigen Risikorückgangs.

Infolge der Irlandkrise mit resultierenden höheren Volatilitäten von Credit Spreads und Zinsen sowie aufgrund von veränderten Swaptions sensitivitäten nach Zinsbewegung kam es im November erneut zu einem Risikoanstieg.

Im Bankbuch stieg das Risiko wegen stärkerer Bewegung der eigenen Credit Spreads im Dezember weiter bis auf 105 Mio. €

Im Jahresverlauf 2010 ergaben sich die folgenden Auslastungen für das Kapitalmarktgeschäft (Limit: 170 Mio. €) und das Bankbuch (Limit: 150 Mio. €).

Marktpreisrisiko der LBB in Mio. €



Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten durch Berücksichtigung von verschiede-

nen Zinskurven (zum Beispiel Swapkurven, Overnight Index Swaps, Money Market) explizit gemessen. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil (Single Index Model). Dieses Verfahren versetzt die LBB in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der circa 2.500 zentralen Risikofaktoren werden je strategischem Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstandsmitglieder berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (das heißt Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen. Die Gültigkeit der Modellannahmen wird durch weitere mathematische Methoden regelmäßig analysiert.

Es erfolgt eine untätige Überwachung von Risiken, Ergebnissen und der Limiteinhaltung in den Handelsbereichen. Dies ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Risikoabsicherung

Die im Handel eingegangenen Risikopositionen werden über Zins- und Aktienderivate und in kleinerem Umfang auch Kredit- und Wechselkursderivate abgesichert.

Zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen, insbesondere Zinsrisiken, wurden Bewertungseinheiten in Form von Mikro Hedge Accounting gebildet. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Darstellung im Anhang beziehungsweise in den Notes.

Immobilienrisiken

Das Immobilienportfolio der Bank umfasst Objekte, die von der LBB selbst oder von Tochterunternehmen gehalten werden. Hinzu kommen Finance Lease-Objekte sowie Objekte in Fonds, an denen die LBB beteiligt ist. Ein großer Teil des Exposure entfällt auf selbstgenutzte Verwaltungsgebäude innerhalb Berlins. Ziel ist es, den fremdgenutzten Teil des Immobilien-Portfolios weiter abzubauen.

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr, durch Wertänderungen Verluste gegenüber dem aktuellen Marktwert zu erleiden.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure (aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte) der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Rahmen der gesamtbankweiten Stresstests werden die Modellparameter Fair Value der Immobilien und die Werte für die Immobilienindizes variiert. Aufgrund der Zusammensetzung des Portfolios und der Risikostrategie sind hinsichtlich Risikokonzentrationen keine weiteren Steuerungsmaßnahmen notwendig. Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis eigenständiger Limite sowohl für den Konzern als auch für die strategischen Geschäftsfelder. Deren Auslastung wird turnusmäßig überwacht. Das Reporting erfolgt vierteljährlich. Das Risiko ist im Jahresverlauf 2010, im Wesentlichen aufgrund von Anpassungen der Objektwerte an die aktuellen Marktbedingungen, um 3,5 % (Konzern LBBH 2,2 %) gesunken.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken werden die Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften verstanden. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

Generell wird angestrebt, die Verluste aus operationellen Risiken, die den Geschäftserfolg des Konzerns nachhaltig beeinträchtigen können, soweit möglich zu minimieren. Die auf Geschäftsfeld- und Bereichsebene dafür zu definierenden Ziele und Maßnahmen werden von den verantwortlichen dezentralen Risikomanagern bestimmt.

Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risiko und Controlling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung und Pflege eines Rahmenwerks zum Management operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Überwachung, Analyse und Berichterstattung sowie die Entwicklung von Verfahren zur Steuerung des operationellen Risikos umfasst. Der Bereich Risiko und Controlling sorgt zugleich für die Umsetzung und Anwendung des Regelwerks. Außerdem befasst sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerkes werden dem Vorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäftsbereiche sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (zum Beispiel zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Auch dient es der Förderung der Risikokultur in der Bank. Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung der LBB einbezogen. Auf Basis des konzernweit gültigen Rahmenwerks wird das operationelle Risiko gesteuert. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung der LBB festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominde- rung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle Detailreports über operationelle Risiken für die einzelnen strategischen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen (Risikomanagern) zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet. Dies beinhaltet unter anderem:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem Bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren),
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht),
- den Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung/Verwaltung und zum Reporting der oben genannten Daten entwickelt.

Messung der operationellen Risiken

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung verwendet die LBB derzeit den Standardansatz gemäß § 272 SolvV. Nach den Vorschriften des Standardansatzes wurde im Jahr 2010 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung für die LBB in Höhe von 144 Mio. € (Konzern LBBH 212 Mio. €) ermittelt. Die LBB hat sich im Jahr 2010 einer Prüfung zur Zertifizierung eines fortgeschrittenen Messmodells zur Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken (AMA – Advanced Measurement Approach) unterzogen. Die Prüfung wird 2011 fortgesetzt.

Die LBB hat ihr internes Modell zur Berechnung des ökonomischen Kapitals im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts auf Basis der gesetzlichen Anforderungen zur Anwendung eines AMA verfeinert. Die Modellkomponenten sind:

- Loss Distribution Approach (vergangenheitsorientierte Verlustverteilung),
- Ausprägungen der Risikoindikatoren (Bewertung anhand eines Ampelstatus),
- Schadensanalyse, insbesondere der Großschäden (intern/extern),
- Szenarioanalyse (Festlegung des zukünftigen Verlusts für die kritischen Szenarien).

In Zusammenarbeit mit dem Datenkonsortium OpRisk (DakOR) wurde der Katalog der signifikanten Szenarien operationeller Risiken ergänzt beziehungsweise überarbeitet. Diese Szenarien werden in der Szenarioanalyse diskutiert und bewertet. Zur Bewertung der Szenarien werden unter anderem neben den internen Schäden auch die Schäden aus DakOR und der öffentlichen Schadenfallsammlung (ÖffSchOR) herangezogen. Der Loss Distribution Approach (LDA) ist ein statistisch-mathematisches Modell zur Bestimmung von Verlusthäufigkeiten und -höhen, welches auf Analysen historischer Schadensfälle basiert und in den Prozess der Bestimmung des operationellen Risikos (Bestimmung des ökonomischen Kapitals) integriert ist. Es werden regelmäßig entsprechende vergangenheits- und zukunftsorientierte Risikoindikatoren untersucht, um rechtzeitig eine negative Entwicklung der Risiken zu erkennen. Das Ergebnis aus dem Zusammenspiel der Modellkomponenten ist eine spezifische Risikoschätzung für jedes untersuchte strategische Geschäftsfeld. Diese ergibt in der Aggregation über alle strategischen Geschäftsfelder und einbezogenen Konzerngesellschaften das operationelle Risiko des Konzerns (ökonomische Kapitalanforderung).

Die Risikoberechnung nach dem internen Modell ergab per 31. Dezember 2010 für die LBB einen Wert von 88 Mio. € (Konzern LBBH 120 Mio. €), der in der Risikotragfähigkeitsberech-

nung des Konzerns berücksichtigt ist. Die Veränderung zum Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aufgrund des Methodenwechsels von einer eher szenariobasierten Modellierung des ökonomischen Kapitals zu einem an die AMA-Anforderungen gemäß Solvabilitätsverordnung angelehnten Modell.

Betrugsprävention

Im November 2009 hat der Vorstand beschlossen, dass die Einheit Compliance die Koordinierungsfunktion für alle Aktivitäten "Betrügerischen Handlungen vorbeugen" konzernweit ausüben soll. Das bisherige dezentrale Aktivitätennetzwerk in der Holding und ihren Tochterunternehmen wird weitergeführt.

Der Umfang und die Gestaltung dieses neuen Kernprozesses in Compliance ergeben sich aus der noch im Gesetzgebungsverfahren befindlichen neuen Fassung des § 25c KWG sowie aus noch von der BaFin zu erwartenden Durchführungsbestimmungen.

Compliance übernimmt für die Betrugsprävention des Konzerns auch die Außenvertretung beispielsweise gegenüber Staatsanwaltschaften sowie Aufsichtsbehörden.

Die Ergebnisse der Feststellungen und Tätigkeiten zum Thema Betrugsprävention werden von Compliance in der mindestens einmal jährlich zu veröffentlichenden Gefährdungsanalyse niedergelegt. Dabei wird die Wirksamkeit der dezentralen Schlüsselkontrollen (zum Beispiel Vieraugenprinzip, Kontrollen zu Personen- und Gebäudesicherheit) und zentralen Schlüsselkontrollen (Funktionalität des internen Kontrollsystems, maschinelle Kontrollen zu Insiderverhalten, Marktmanipulation, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Embargoverstößen sowie Konto- und Kundenbetrug) als präventive Sicherungsmittel seitens des Konzerns analysiert.

Personalrisiken

Die LBB überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den nachfolgend genannten vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- **Qualifikationsrisiko:** Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
- **Motivationsrisiko:** Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenskollisionen entgegengesteuert. Hierzu hat die Bank gemäß den Anforderungen der MaRisk einen Vergütungsausschuss eingerichtet, der die Konformität zu den aufsichtsrechtlichen Erfordernissen beobachtet und dem Vorstand regelmäßig berichtet.

Weiterhin wird dolosen Handlungen durch ein umfangreiches internes Kontrollsystem entgegengewirkt.

IT- und Systemrisiken

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden in der LBB keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Steuerung und Weiterentwicklung von Technologien, Infrastrukturelementen und IT-Prozessen unter Abwägung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Dringlichkeit (gesetzliche oder technologische Notwendigkeit), Innovation und Risiken ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die

Restrukturierungs- und Qualitätsziele sowie die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht es der LBB, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Die Qualität der Informationssicherheit orientierte sich bisher an der ISO-Norm 27002. Im Zusammenhang mit der OSPlus-Migration zur Finanz Informatik GmbH & Co. KG hat sich die Landesbank Berlin nun vertraglich verpflichtet, den Best Practice Standard „Sicherer IT Betrieb“ der Finanz Informatik als neuen Informationssicherheitsstandard im Konzern zu etablieren. Die Finanz Informatik hat den SIZ-Standard "Sicherer IT-Betrieb" zu einem „Best Practice“-Standard für Finanzinstitute (SITB) verdichtet. Der SITB ist selbst ein zertifizierbarer Standard, stellt aber darüber hinaus die Einhaltung von nationalen und internationalen Standards und Regelwerken sicher. Im SITB werden nicht nur die wichtigsten Standards bezüglich Sicherheitsmanagement (ISO/IEC 27001:2005, ISO/IEC 27002:2005) berücksichtigt, sondern auch Betriebsführungs- (ITIL) und Prüfungsstandards (zum Beispiel IDW, COBIT) sowie branchen- oder organisationsspezifische Standards. Insofern ist mit der Neuorientierung der LBB am SITB eine Steigerung der Sicherheitsanforderungen verbunden, um nachhaltig ein höheres Sicherheitsniveau zu erreichen.

Der Konzern hat ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt.

Eine kontinuierliche und unabhängige Auditierung des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) erfolgt durch das SIZ (Sparkassen Informatikzentrum).

Ebenso wird das Qualitätsmanagement konsequent weiter entwickelt. So wurde der BankService als wesentliches Auslagerungsunternehmen nach DIN EN ISO 9001:2000 im Jahr 2009 zertifiziert. Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall

wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2010 standen die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur

- Erfüllung geänderter gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen,
- Optimierung des Daten- und Qualitätsmanagements,
- Modernisierung, Konsolidierung, Standardisierung, Integration der IT-Infrastruktur und IT-Prozesse sowie
- Migration auf den OSPlus-Standard der Finanz Informatik bis April 2011.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

Sicherheits- und Notfallpläne

Für das Management von Katastrophensituationen hat die LBB einen Krisenstab gebildet, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Dazu finden regelmäßig Übungen statt.

Darüber hinaus verfügt die LBB vor dem Hintergrund der laufenden Sicherung des Bankbetriebs und der Reduzierung von Verlusten für den Fall schwerer Betriebsstörungen auf ein Minimum über eine detaillierte Informationssicherheitspolitik und eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung für kritische und hochkritische Geschäftsprozesse. Auch für diese Prozesse finden regelmäßige Notfallübungen statt.

Die LBB hat für die Koordination und die Überwachung der Informationssicherheit, der Aktualität der Notfallpläne inklusive der erforderlichen Notfallübungen einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit Operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (zum Beispiel CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

Outsourcing

Die Bank führt regelmäßig eine Risikoanalyse für MaRisk-relevante Auslagerungen zur Bestimmung der Wesentlichkeit durch. Die Risikoanalyse stellt Kriterien zur Ermittlung der Risikosituation beim Dienstleister sowie Risikogesichtspunkte zur Ableitung der Wesentlichkeit bereit.

Ferner wurde ein Internes Kontrollsystem für Leistungsüberwachende Stellen (IKS LÜS) im Bereich Organisation implementiert. Das IKS LÜS überwacht die Durchführung der Leistungsüberwachung und steht als zentrale Evidenz zum Thema Leistungsüberwachung zur Verfügung.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich die LBB im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Auftragnehmer werden von der LBB sorgfältig ausgewählt. Die Bank überzeugt sich regelmäßig von den beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung von Datenschutz und Datensicherheit.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken werden grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH (IBG), vormals firmierend unter Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die BaFin hat mitgeteilt, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank)

Die Holding, damals noch firmierend unter Bankgesellschaft Berlin AG, hat im Jahr 2003 die Anteile an der Allbank an die GE Bank GmbH veräußert. Deren Rechtsnachfolgerin, die GE Money Bank GmbH, macht Gewährleistungsansprüche aus dem Aktienkaufvertrag wegen drohender Verjährung im Wege einer Feststellungsklage geltend, für die Rückstellungen in ausreichender Höhe gebildet sind.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zumindest bis einschließlich des Jahres 2011 auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die LBB übernimmt neben der eigenen Rechnungslegung auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen auch Aufgaben der Rechnungslegung für die Holding sowie die RVG. Für die LBB und die Holding umfasst die Rechnungslegung, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen. Für die RVG werden IFRS-Konzernabschlüsse erstellt. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und unterliegen kontinuierlichen Kontrollen, die im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung durchgeführt werden.

Hierbei werden IDW PS 261 sowie DRS 15 zugrunde gelegt. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Das rechnungslegungsbezogene interne Risikomanagementsystem (RMS) umfasst Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken, die dem Ziel der Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätze der HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüsse entgegenstehen.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren sowie Aktiva und Passiva im Abschluss zutreffend anzusetzen, auszuweisen und zu bewerten und somit Erfolge sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und program-

mierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management. Das rechnungslegungsbezogene RMS besteht im Einklang mit der Gesamtrisikostategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadenfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und -überwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und unterstand im Geschäftsjahr 2010 nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Dr. Veit. Zum 1. Januar 2011 hat Herr Dr. Evers die Zuständigkeit übernommen.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente greift Finanzen auf die Kursversorgung des Bereiches Risiko und Controlling zurück, der nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Müller zugeordnet ist. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt in den Bereichen Kredit und Risikobetreuung, dem Vorstandsressort von Herrn Müller, und wird für den Prozess der Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen sowie für Steuerbilanzen gemacht. Für die Erstellung von Konzernabschlüssen erfolgt dies insbesondere durch ein Konzernhandbuch.

Die LBB hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen, welche auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfälle werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Das zentrale Finanzbuchführungssystem in der LBB ist SAP ECC, Modul FI. Die Konsolidierung im Konzern erfolgt mittels SAP SEM, Modul BCS. Das Rechnungswesen ist in der Weise eingerichtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können. Sofern das Rechnungswesen für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen nicht durch die LBB erfolgt, haben diese individuelle Softwareanwendungen und eigene Prozesse und Kontrollen für ihr Rechnungswesen im Einsatz. Eine interne Revision überwacht jeweils die Einhaltung des Regelsystems.

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung ist Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Implizierter Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben.

Die interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen durch, um die Einhaltung der Regelungen und damit die Wirksamkeit des IKS zu überwachen. Die interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und führt regelmäßig in den Bereichen Finanzen und Informationstechnologie Prüfungen durch. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.

Werden bei Kontrollen Abweichungen und Fehler festgestellt, erfolgt die Evaluierung und Überarbeitung der betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie der relevanten Kontrollen.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Unter strategischem Risiko versteht die Bank das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar und besteht aus dem Strategiedokument, den strategischen Bereichszielen und der Planung. In der jährlichen Strategieklausur werden die langfristigen Unternehmensziele und die strategischen Rahmenbedingungen vom Vorstand festgelegt.

Die Überwachung und Steuerung der strategischen Ziele der strategischen Geschäftsfelder und Bereiche erfolgen einmal jährlich anhand der definierten Zielerreichungsindikatoren und Zielwerte. Zusätzlich erfolgt eine unterjährige Überwachung ausgewählter Finanz- und Risikoziele anhand standardisierter Reports.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in den Vorstandssitzungen präsentiert.

Chancen- und Prognosebericht / Ausblick

Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Das weltwirtschaftliche Umfeld bleibt für die deutsche Wirtschaft günstig. Doch dürften Aufholeffekte aus der Rezession eine geringere Rolle als im Vorjahr spielen, so dass sich der Wirtschaftsgang im Jahresverlauf etwas verlangsamt. An der Peripherie der Eurozone (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) werden die Sparbemühungen fortgesetzt, die Binnennachfrage bleibt hier schwach. Zudem büßt die finanzpolitische Stimulanz in den USA Wirkung ein. Auch das Konsumwachstum bildet sich zurück, weil die Privathaushalte weiterhin nur geringe Einkommenssteigerungen erzielen und ihre Sparanstrengungen fortsetzen. Positiv macht sich hingegen bemerkbar, dass die Liquiditätsbedingungen weltweit großzügig bemessen bleiben. Investitionen können zudem verstärkt aus unternehmenseigenen Reserven finanziert werden.

Die Wachstumsrate in der Region Berlin-Brandenburg wird sich wieder dem Bundesdurchschnitt angleichen. Im Trend ist von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Nicht zuletzt der Ausbau des Tourismus wirkt stabilisierend. Wachstumskerne bleiben darüber hinaus die Bereiche unternehmensnahe Dienstleistungen, Bio- und Medizintechnik, Verkehrstechnik sowie die Informations- und Kommunikationstechnik. Jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch Unternehmen überwiegend in kleineren Umsatzgrößenklassen.

Die Preissteigerung dürfte im Tempo leicht anziehen, weil haushaltsbezogene Konsolidierungsmaßnahmen belasten und die Unternehmen höhere Vorleistungspreise noch überwälzen werden. Die EZB wird mögliche Störungen durch die derzeit großzügige Liquiditätsausstattung vermeiden und Laufzeiten und Volumina ihrer Tenderoperationen strikter handhaben wollen. Mit Rücksicht auf die zugespitzte Verschuldungssituation an der Peripherie der Eurozone und den damit verbundenen Risiken für den Bankensektor ist ein behutsames Vorgehen der Zentralbank wahrscheinlich. In erster Linie wird diese Problematik aber durch staatliche Auffanglösungen entschärft, so dass von einer schrittweisen Normalisierung der Geldpolitik auszugehen ist.

Das Kreditgewerbe wird sich weiterhin in einem schwierigen Umfeld bewegen. Die Ertragschancen aus der Fristentransformation bleiben bei immer noch steiler Zinsstruktur auskömmlich. Dem stehen aber Risiken gegenüber, die im Kontext der Rücknahme der stimulierenden Geldpolitik und einer insgesamt volatileren Marktentwicklung bestehen. Diese Konstellation wird mit schwierigeren Refinanzierungsbedingungen für die Kreditinstitute einhergehen, zumal auch die höheren Anforderungen an Eigenkapital und Liquidität für zusätzliche Herausforderungen sorgen.

Geschäftliche Ausrichtung

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist der Konzern LBBH weiter darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern zu wachsen, durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Der Konzern nimmt eine zunehmend stärkere Rolle als Dienstleister in der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäfts sowie das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen.

Seit der Umstellung der Konzernrechnungslegung auf die International Financial Reporting Standards (IFRS) im Jahr 2005 erfolgt die Steuerung des Konzerns auf Basis des IFRS-Rechenwerks. Die strategischen Geschäftsfelder werden anhand folgender IFRS-Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanz-

anlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung, das HGB-Ergebnis und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder

Die Fortsetzung der konjunkturellen Erholung in Verbindung mit steigenden Kursen an den Börsen bietet dem Konzern Chancen für eine verstärkte beziehungsweise wiederbelebte Produktnachfrage der Retail- und Geschäftskunden. Darüber hinaus dürften sich positive Effekte für die Bewertung der strategischen Portfolien ergeben.

Die Refinanzierungssituation erlaubt eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte. Der Konzern wird in seinem traditionellen Geschäft allen Kunden uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktumfeldes sowie der beschriebenen geschäftlichen Ausrichtung werden in den einzelnen Geschäftssegmenten folgende Entwicklungen erwartet.

Private Kunden

Die 2009 eingeführten Girokontenmodelle haben sich als Instrumente zur Kundenbindung und zur Ausweitung der marktführenden Position (Marktanteil bei Privatgirokonten in Berlin 42 %) im Regionalgeschäft bereits bewährt. Die 2010 verzeichnete Nettosteigerung bei der Anzahl der Girokonten übertrifft im zweiten Jahr noch die bereits hervorragende Entwicklung aus 2009. Wir gehen auch weiterhin von einer wachsenden Marktakzeptanz aus, da die Konten die hohe Servicequalität der Berliner Sparkasse mit einem fairen Preis verbinden. Der erste Platz im CityContest 2010 von Focus Money („Beste Bank in Berlin“) unterstreicht auch aus externer Sicht die Qualitätsführerschaft der Berliner Sparkasse.

Chancen ergeben sich aus der begonnenen Neustrukturierung des Vertriebes im Kernmarkt der Berliner Sparkasse und den erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten-, Direktbank- und Konsumentenkredit-Geschäft (S-Kreditpartner GmbH).

Die strategische Neuausrichtung des Vertriebs im Geschäftsfeld Private Kunden wurde im Projekt „Wege zum Kunden“ organisatorisch abgeschlossen. Die operative Umsetzung begann in der zweiten Jahreshälfte 2010 und wird Ende 2012 beendet sein. Die Beratungsqualität unseres Hauses wird in den FinanzCentern neu gebündelt, die den PrivatkundenCentern an die Seite gestellt sind. Für vermögende Kunden stehen unverändert die VermögensanlageCenter zur Verfügung. Dies ermöglicht eine intensivere Kundenbetreuung und eine verbesserte Nutzung unserer Kompetenzen durch die Kunden. Die Gründung der Vertriebsbereiche „Direkt“ und „Mobile Beratung“ unterstützt die Geschäftstätigkeit mit unseren Kunden, die einen medialen Kontakt zu ihrer Bank dem Besuch in einer Vertriebsstelle vorziehen beziehungsweise einen Besuch ihres Beraters zu Hause wünschen. Das Projekt soll zu weiterem Wachstum des Geschäftsvolumens und damit einhergehenden Ertragssteigerungen führen.

Daneben wird die Konzentration auf das Anlagegeschäft und die Konsumentenfinanzierung fortgeführt. Im Wertpapiergeschäft wird erwartet, dass die Kunden aufgrund der guten Marktentwicklung im Jahr 2010 die Zurückhaltung und Sicherheitsorientierung wieder zugunsten einer größeren Renditeorientierung aufgeben.

Die mit der Absatzfinanzierung und der Kreditplattform für Sparkassen begonnene Expansion in der Konsumentenfinanzierung wird fortgeführt. Für Mitte 2011 wird die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens (S-Kreditpartner GmbH) mit der Deutsche Leasing vorbereitet. Darüber hinaus gibt es Aktivitäten zur Einbindung der readybank. Kerngeschäft der S-Kreditpartner GmbH werden Ratenkredite (Sparkassen-Privatkredit), KfZ-Finanzierungen und Händlereinkaufsfinanzierungen sein. Damit unterstützen wir aktiv die Bündelung der Kräfte zur Konsumentenfinanzierung innerhalb der Sparkassenorganisation. Ziel ist es, in der Vergangenheit verloren gegangenes Terrain der Sparkassen im Kreditgeschäft zurückzugewinnen und auch in diesem Geschäft eine der marktführenden Stellung der Sparkassen adäquate Position zu erreichen.

Im überregionalen Kartengeschäft sollen weitere Produktinnovationen zum Ausbau der Kundenbasis führen. Die Zusammenarbeit mit der netbank wird fortgeführt.

Die Neuorganisation der Vertriebsstruktur bis Ende 2012 erfordert Investitionen in den Umbau von Vertriebsstandorten, die Weiterqualifizierung von Mitarbeitern und den Ausbau des Direktbankgeschäfts über den Internetauftritt der Berliner Sparkasse und Direktwerbemaßnahmen.

Des Weiteren werden wir unser Augenmerk auf die Weiterentwicklung der Investment- und Kundenberatungsprozesse im qualifizierten Anlagegeschäft richten. Ziele sind die Steigerung der Wertpapierkompetenz und deren Wahrnehmung im Markt sowie der Ausbau des Geschäfts.

Risiken liegen in der Nichterreicherung des geplanten Geschäftswachstums im Wettbewerbsumfeld oder aufgrund von künftigen gesetzlichen oder regulatorischen Eingriffen in die Produkt- und Preisgestaltung.

Im Geschäft mit privaten Kunden erwarten wir steigende Erträge, temporär belastend werden sich die beschriebenen Investitionen auswirken. Das durch Sondereffekte beeinflusste Ergebnis 2010 wird in den kommenden zwei Jahren nicht erreicht werden.

Firmenkunden

Der Kernmarkt des Firmenkundengeschäfts ist Berlin und sein Umland. Das Geschäftsfeld Firmenkunden ist in diesem durch intensiven Wettbewerb geprägten Regionalmarkt mit unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft eine der führenden Banken.

In diesem Wettbewerbsumfeld gewinnen neben der Neukundenakquisition die Vertiefung bestehender Kundenbeziehungen durch aktive Kundenansprache und ein zielgruppenadäquates Betreuungskonzept weiter an Bedeutung. Die bereits hohe Kundenloyalität soll weiter ausgebaut werden und bildet die Basis einer noch höheren Potenzialausschöpfung.

Die Landesbank Berlin wird Gewerbekunden und mittelständische Unternehmen im Kernmarkt Berlin-Brandenburg auch weiterhin durch ein umfassendes Finanzdienstleistungsangebot, Kundennähe und Kompetenz überzeugen. Im Rahmen einer ertrags- und risikoorientierten Geschäftspolitik bleibt die Festigung der starken Marktposition strategisches Ziel.

Besondere Chancen ergeben sich durch das Vertrauen der Unternehmen in unsere Kompetenz und unser verlässliches Geschäftsmodell. Risiken liegen in der unterdurchschnittlichen wirtschaftlichen Entwicklung des Regionalmarktes und in der regional hohen Insolvenzquote. Darüber hinaus sind die Auswirkungen aus regulatorischen Änderungen noch nicht abschätzbar.

Das Firmenkundengeschäft wird auch in Zukunft in die Qualität als Wettbewerbsfaktor investieren. Im Jahr 2010 wurden alle Vertriebswege im Firmenkundengeschäft durch den TÜV Rheinland für Beratungs- und Servicequalität zertifiziert. Diesem hohen Anspruch wollen wir auch in Zukunft gerecht werden. Die Umsetzung der Qualitätsstrategie bleibt in allen Kundensegmenten und Vertriebswegen von zentraler Bedeutung.

Das in 2010 erzielte Ergebnis wird insbesondere durch den zunehmenden Druck auf die Zinsmargen in den nächsten beiden Jahren nicht erreicht werden. Wir rechnen mit einem geringeren Ergebnisbeitrag.

Immobilienfinanzierung

Im Jahr 2010 ist es dem Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wiederum gelungen, seine Top-Position unter den führenden deutschen Anbietern im Immobilienfinanzierungsgeschäft weiter zu festigen.

Auch zukünftig bleibt die strategische Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung bundesweit auf Investoren-Finanzierung und individuellen Finanzierungsstrukturen bei risikoadäquatem Pricing bestehen. Finanzierungen in ausgewählten Auslandsmärkten erfolgen mit dem Ziel einer ausgewogenen Mischung und breiteren Risikostreuung des Portfolios.

Die Immobilienmärkte werden auch 2011 vom konjunkturellen Aufwärtstrend profitieren. Die Rückkehr der ausländischen Investoren an den deutschen Markt, die Stabilisierung der Preise mit teilweise leichten Erhöhungstendenzen sowie eine festzustellende rückläufige Renditeerwartung lassen eine zunehmende Investitionsbereitschaft und damit ein weiter steigendes Transaktionsvolumen erwarten. Hoffnungsvolle Signale kommen auch vom Wohnungsbau, wo das Bauhauptgewerbe und die Zahl der Baugenehmigungen im Jahr 2010 Zuwächse von mehr als 7 % gegenüber dem Vorjahr erzielten. Ausgehend von dieser Einschätzung erwarten wir im Jahr 2011 ein Neugeschäft in der Größenordnung des sehr guten Vorjahres.

Von der künftig strafferen Neuausrichtung der Vertriebsbereiche und weiterer Optimierungsmaßnahmen in unseren Kreditentscheidungsprozessen ergeben sich Chancen für eine noch bessere Marktdurchdringung. Risiken bestehen insbesondere in noch nicht abschätzbaren Auswirkungen aus regulatorischen Änderungen.

Mit der Eröffnung einer Repräsentanz in Paris im Frühjahr 2011 wird in den Ausbau des Auslandsgeschäfts investiert.

Wir rechnen mit einem leichten Rückgang der Risikovorsorge und einer moderaten Erhöhung des Kreditbestands. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung und unserer Positionierung im Markt geht das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung von steigenden Ergebnisbeiträgen aus.

Kapitalmarktgeschäft

Das Kapitalmarktgeschäft (KMG) ist eine wesentliche Ertragssäule der LBB. Die Erfolge zeigen sich im Sparkassensektor und Zertifikatemarkt. Hier wird die LBB als innovativer Anbieter mit hoher Produktqualität und ausgezeichnetem Service wahrgenommen. Mit der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts ergeben sich Chancen für die Steigerung der Kundenerträge und die Verringerung der Ergebnisvolatilität in den nicht-kundenbezogenen Geschäften bei voller Risikotransparenz. Die verstärkte Fokussierung auf das Kundengeschäft und die Kundenbedürfnisse erfordern die Neuausrichtung und Ausweitung der Vertriebsaktivitäten sowie die Etablierung einer neuen Vertriebsphilosophie. Von entscheidender Bedeutung sind auch die Investitionen in technische Plattformen, die den Anforderungen des Marktes und der einzelnen Kunden entsprechen. Der Ausbau der zentralen Produktmanagement-Funktion und der gesamten Handelsinfrastruktur stehen deshalb im Fokus der nächsten Jahre. Die Bank wird als Partner und Dienstleister die Sparkassen bei der Weiterentwicklung ihres Geschäfts unterstützen und dabei Veränderungen im Wettbewerbsumfeld nutzen.

Risiken bei der Erreichung dieser Ziele bestehen in einer ungünstigen Veränderung der Wettbewerbssituation sowie in der Markt- und Margenentwicklung. Die internationalen Finanzmärkte werden auch in den nächsten Jahren von hoher Unsicherheit geprägt sein und für anhaltend volatile Kursverläufe sorgen. Eine weitere Zuspitzung der Schuldenkrise sowie eine Wachstumsabschwächung stellen dabei die größten Risikofaktoren dar. Es ist mit deutlich steigenden Kapitalkosten aus Basel III insbesondere bei Marktrisikopositionen zu rechnen, was die Ertragssteuerung in den nächsten Jahren beeinflussen wird.

Die finale Umsetzung der neuen Strategie und die Hebung der identifizierten Potenziale führen in den nächsten Jahren zu einer leichten Ergebnisverbesserung.

Soll / Ist-Vergleich

Das Ergebnis vor Steuern des Konzerns lag per 31. Dezember 2010 unter unseren Erwartungen. Die Ergebnisentwicklung der Kundengeschäftsfelder Private Kunden, Firmenkunden und Immobilienfinanzierung verlief positiv. Mit Blick auf die Volatilität an den Kapitalmärkten sowie durch unsere vorsichtige Risikopolitik und die entsprechende Zurückhaltung bei Finanzinvestitionen blieben die Ergebnisse der Kapitalmarktaktivitäten unter unseren Erwartungen.

Schätzverfahren / Mittelfristplanung

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Die konjunkturelle Lage stellt sich derzeit freundlich dar. Doch dürften die Aufholeffekte jetzt an Zugkraft einbüßen, so dass sich der Wirtschaftsgang deutlich verlangsamt. Zusätzlich wird die Entwicklung mit schwierigeren Refinanzierungsbedingungen für die Kreditinstitute einhergehen, zumal auch die Diskussionen um höhere Anforderungen an Eigenkapital und Liquidität zusätzliche Herausforderungen sind. Das Kreditgewerbe wird sich daher weiterhin in einem äußerst schwierigen Umfeld bewegen.

Basierend auf diesen Annahmen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Dabei wurden die Ziele hinsichtlich Kunden / Marktstellung, Neugeschäft, Erträge und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten im Einzelnen festgelegt.

Die zuvor beschriebene Einschätzung zur weiteren Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder basiert auf einer Mittelfristplanung, die bis 2015 reicht.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

Zusammenfassung / Gesamtaussage

Die Landesbank Berlin Holding AG erwartet eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung der Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Daher geht die Holding davon aus, die positive Entwicklung im operativen Geschäft fortsetzen zu können. Die Unsicherheiten an den weltweiten Finanzmärkten und die damit verbundenen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone erschweren jedoch eine Prognose. Ungeachtet dessen geht der Vorstand für die nächsten zwei Jahre davon aus, das Ergebnis vor Steuern sukzessive steigern zu können, die Kapitalbasis kontinuierlich zu stärken und eine Dividendenzahlung zu ermöglichen.

Bilanz der Landesbank Berlin Holding AG zum 31. Dezember 2010

Aktivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2009 TEUR
A. Anlagevermögen					
I. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	(1)		2.956.979		2.958.081
				<u>2.956.979</u>	<u>2.958.081</u>
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(2)	412.576			341.562
2. sonstige Vermögensgegenstände	(2)	<u>17.403</u>			<u>18.136</u>
			429.979		359.698
II. Guthaben bei Kreditinstituten					
	(2)		212.991		212.991
				<u>642.970</u>	<u>572.689</u>
C. Aktive latente Steuern					
1. Aktive latente Steuern	(3)		480.078		0
				<u>480.078</u>	<u>0</u>
Summe der Aktiva:				4.080.027	3.530.770

Passivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2009 TEUR
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital					
	(4)		2.554.741		2.554.741
II. Gewinnrücklagen					
1. gesetzliche Rücklage	(4)	38.514			24.654
2. andere Gewinnrücklagen	(4)	<u>796.000</u>			<u>249.000</u>
			834.514		273.654
III. Bilanzgewinn					
	(4)		140.808		141.713
				<u>3.530.063</u>	<u>2.970.108</u>
B. Rückstellungen					
1. Steuerrückstellungen	(5)		108.612		123.016
2. sonstige Rückstellungen			<u>7.814</u>		<u>5.280</u>
				<u>116.426</u>	<u>128.296</u>
C. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
	(6)		213.538		213.538
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen					
	(6)		27		217.985
3. sonstige Verbindlichkeiten					
davon aus Steuern	(6)		219.973		843
		22			(16)
				<u>433.538</u>	<u>432.366</u>
Summe der Passiva:				4.080.027	3.530.770

Eventualverbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften					
	(11)		266.928		304.993
2. Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen					
	(11)		<u>1.307.641</u>		<u>1.717.820</u>
				<u>1.574.569</u>	<u>2.022.813</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin Holding AG
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010**

	Anhang Textziffern	EUR	EUR	31.12.2009 TEUR
1. Sonstige betriebliche Erträge			881.866,87	122
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(7)		12.050.278,41	12.869
3. Erträge aus Beteiligungen			26.619,12	22
davon aus verbundenen Unternehmen		26.619,12		(22)
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			249.322.361,59	287.583
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(8)		6.440.797,82	18.404
davon aus verbundenen Unternehmen		3.964.669,37		(0)
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(8)		14.804.768,61	15.722
davon aus verbundenen Unternehmen		0,00		(513)
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			229.816.598,38	277.540
8. Außerordentliche Aufwendungen	(9)		1.184.396,01	0
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(10)		-48.580.449,39	44.931
davon aus latenten Steuern	(3)	-58.337.000,00		(0)
10. Sonstige Steuern			5.179,78	3.265
11. Jahresüberschuss			277.207.471,98	229.344
12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			1.806.973,91	13.206
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
in die gesetzliche Rücklage			13.860.373,60	11.467
in andere Gewinnrücklagen			124.346.455,77	89.370
14. Bilanzgewinn			140.807.616,52	141.713

Anhang der Landesbank Berlin Holding AG 2010

Die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin ist Mutterunternehmen für den Konzern Landesbank Berlin Holding, Berlin. Neben diesem Jahresabschluss wird ein Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften gemäß § 315a HGB erstellt und veröffentlicht. Die in diesen Konzernabschluss einbezogene Landesbank Berlin AG, Berlin (LBB) erstellt gemäß § 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB einen eigenständigen Teilkonzernabschluss nach IFRS.

Die Landesbank Berlin Holding AG nimmt im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, welche Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist Tochterunternehmen der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg. Die Konzernabschlüsse der Konzerne Landesbank Berlin Holding AG (kleinster Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB), der LBB und der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (größter Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB) werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss wurde nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes aufgestellt. Ergänzend werden die Vorschriften der Satzung beachtet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden an die Änderungen durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) angepasst. Die Vorjahreszahlen wurden aufgrund des bestehenden Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 8 EGHGB nicht verändert. Der Änderung des § 246 Abs. 1 S. 2 HGB folgend, werden Wertpapiere im Rahmen der Wertpapierleihe nur bei wirtschaftlichem Eigentum ausgewiesen. Im Übrigen wurden die im Vorjahr angewandten Methoden beibehalten.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Die Holding gilt gem. § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB als große Kapitalgesellschaft.

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt. Bestände in Fremdwährung bestehen nicht.

Bewertung

Allgemeine Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalbetrag angesetzt. Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 3 HGB der Wert beibehalten. Diese Handhabung steht im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG, hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Rückstellungen sind zu dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz

(1) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Anteile an verbundenen Unternehmen
Buchwert zum 31.12.2009	2.958
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2009	3.038
Zugänge 2010	0
Abgänge 2010	1
Umbuchungen 2010	0
Effekte aus Wechselkursänderungen 2010	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2010	3.037
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2009	80
Zugänge 2010	0
Abgänge 2010	0
Zuschreibungen 2010	0
Umbuchungen 2010	0
Effekte aus Wechselkursänderungen 2010	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2010	80
Buchwert zum 31.12.2010	2.957

(2) Umlaufvermögen

Bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen handelt es sich im Wesentlichen um Ansprüche aus Gewinnabführungen aufgrund von Ergebnisabführungsverträgen gegenüber der LBB in Höhe von 235,2 (i.Vj.: 272,5) Mio. EUR und gegenüber der Landesbank Berlin Investment GmbH in Höhe von 14,2 (i.Vj.: 15,1) Mio. EUR. Weiterhin bestehen Forderungen in Höhe von 163,3 (i.Vj.: 54,0) Mio. EUR aus Guthaben bei Kreditinstituten.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich mit 17,4 (i.Vj.: 18,1) Mio. EUR im Wesentlichen um Forderungen gegenüber den Finanzbehörden.

Die gesondert ausgewiesenen Guthaben bei Kreditinstituten haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Die anderen Forderungen sind sämtlich im Folgejahr fällig.

(3) Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern auf temporäre Differenzen zwischen den Wertansätzen diverser Vermögensgegenstände, Schuldposten und Rechnungsabgrenzungsposten in den Handels- und in den Steuerbilanzen des Organkreises und die aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge übersteigen deutlich die passiven latenten Steuern auf entsprechende temporäre Differenzen. Der Saldo wurde in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 S. 2 HGB im Rahmen der Erstanwendung des BilMoG erfolgsneutral aktiviert und zum 31.12.2010 erfolgswirksam fortentwickelt. Dabei wurde sowohl zum 01.01.2010 wie auch zum 31.12.2010 von einem Ertragssteuersatz von 30,175% ausgegangen. Dieser ergibt sich aus dem in Deutschland geltenden

Körperschaftsteuersatz von 15% zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag auf die Körperschaftsteuer und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 14,35%.

Aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden insoweit angesetzt wie deren Nutzbarkeit unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung bei der Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer in den kommenden fünf Jahren hinreichend wahrscheinlich erscheint. Zur Beurteilung wird auf die aktuelle Mittelfristplanung unter Berücksichtigung steuerlicher Abweichungen zurückgegriffen.

Im Einzelnen ergeben sich zum 31.12.2010 aktive und passive latente Steuern im Zusammenhang mit folgenden Positionen:

Aktive latente Steuern:	
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	
Schuldverschreibungen, Aktien, andere Wertpapiere	
Beteiligungen	
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Sachanlagen	
Sonstige Vermögensgegenstände	
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	
Sonstige Verbindlichkeiten	
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	
Steuerrückstellungen	
Andere Rückstellungen	
Passive latente Steuern:	
Anteile an verbundenen Unternehmen	
Pensionsrückstellungen	

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand dar.

in TEUR / %	2010
Ergebnis vor Ertragsteuern nach HGB	228.627
Ertragssteuersatz	30,175%
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	68.988
1. Steuerfreie Erträge	-44.230
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	13.821
3. Abweichende Gewerbesteuerbemessungsgrundlage	3.615
4. Steuersatzabweichungen	0
5. Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern	-88.561
6. Nicht abzugsfähige Ertrags- oder Quellensteuer	1.222
7. Aperiodische Effekte	-3.665
8. Sonstiges	230
Ausgewiesener Ertragssteueraufwand/Steuerertrag (-)	-48.580
Effektiver Steuersatz	-21,249%

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren im Wesentlichen aus im Inland steuerfreien ausländischen Erträgen der Organtochter LBB und aus nach § 8b Abs. 2 KStG steuerfreien Erträgen. Mehrbelastungen aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen umfassen vor allem nach § 8b Abs. 3 KStG nicht abzugsfähige Aufwendungen, eine gem. DetV zu leistende Avalprovision und Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340e Abs. 4 HGB. Die Position „Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern“ reflektiert insbesondere die zusätzliche Aktivierung von latenten Steuern auf temporäre Differenzen und Verlustvorträge als Folge des in 2010 zwischen LBB und Berlin Hyp abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrages.

(4) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Holding beträgt 2.555 Mio. EUR und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien.

Die Hauptversammlung vom 15. Juni 2010 hat die Holding ermächtigt, bis zum 14. Juni 2015 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5 % des Grundkapitals der Holding am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

Daneben besteht gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Juni 2010 bis zum 14. Juni 2015 die Möglichkeit des Erwerbs von eigenen Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Der Kaufpreis je Aktie darf den Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie der Gesellschaft an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Insgesamt dürfen aufgrund dieser Ermächtigung Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals erworben werden; zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen.

Die Holding hat im Berichtsjahr eigene Aktien weder gehalten noch erworben.

Im Kreditgeschäft hat das 100 %ige Tochterunternehmen LBB zum Jahresende 2010 gemäß § 71e AktG 10.027 (i.Vj.: 21.157) Stückaktien der Holding als Pfand genommen; dies entsprach 0,0 % (i.Vj.: 0,0 %) des gezeichneten Kapitals.

Die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, hat der Holding gemäß § 21 Abs. 1 WpHG im Namen der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, mitgeteilt, dass deren Stimmrechtsanteil an der Holding am 8. August 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 80,95 % (808.996.446 Stimmrechte) betrug.

Die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH hat der Landesbank Holding außerdem gemäß § 21 Abs. 1, § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Holding am 8. August 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 80,95 % (808.996.446 Stimmrechte) betrug.

Weiterhin hat die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH mitgeteilt, dass sämtliche der vorgenannten Stimmrechte ihr über die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind, da die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH alleinige Komplementärin und Inhaberin sämtlicher Stimmrechte der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist.

Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, hat der Holding gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Holding am 1. Januar 2008 die Schwellen von 3 %, 5 % und 10 % überschritten hat und zu diesem Tag 10,63 % (106.199.981 Stimmrechte) betrug.

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2010 beträgt 140,8 (i.Vj.: 141,7) Mio. EUR. Hierin ist ein Gewinnvortrag i.H.v. 1,8 (i.Vj.: 13,2) Mio. EUR enthalten. Vom Jahresüberschuss 2010 waren 13,9 (i.Vj.: 11,5) Mio. EUR in die gesetzliche Rücklage einzustellen, 124,3 (i.Vj.: 89,4) Mio. EUR wurden in andere Gewinnrücklagen eingestellt. Die darüber hinausgehende Erhöhung der anderen Gewinnrücklagen resultiert aus der Aktivierung von latenten Steuern und der Neubewertung der Rückstellungen nach BilMoG zum 01.01.2010.

Eine Ausschüttungssperre auf die Gewinnrücklagen besteht in Höhe der aktivierten latenten Steuern.

(5) Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen bestehen im Wesentlichen für Steuern vom Einkommen und Ertrag und damit zusammenhängende steuerliche Nebenleistungen.

(6) Verbindlichkeiten

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 220,0 (i.Vj.: 0,8) Mio. EUR handelt es sich im Wesentlichen um eine Eindeckungsverpflichtung für Wertpapiere.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch die Verpfändung der Guthaben bei Kreditinstituten besichert. Sie sind im Restlaufzeitband von 1 bis 5 Jahren fällig. Die restlichen Verbindlichkeiten sind sämtlich im Folgejahr fällig.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen

in Mio. EUR	2010	2009
Konzernleistungsverrechnung	3	3
Beratungs-, Prüfungs-, Gerichtskosten sowie Gebühren	2	3
Versicherungsbeiträge	2	2
Bewertungsaufwand	1	5
Zuführung zu Rückstellungen	4	0
Insgesamt	12	13

Auf die Angabe des vom Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet.

(8) Zinsergebnis

in Mio. EUR	2010	2009
Zinserträge	7	18
aus Forderungen	4	0
aus der Auflösung von Zinsrückstellungen für Steuern sowie Zinsen aus Steuererstattungen	2	18
aus der Abzinsung von Rückstellungen	1	0
Zinsaufwendungen	15	16
für Verbindlichkeiten	7	6
aus der Zuführung zu Zinsrückstellungen für Steuern sowie Zinsen aus Steuernachzahlungen	0	10
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	8	0
Insgesamt	-8	2

(9) Außerordentliche Aufwendungen und Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Aufwendungen betreffen ausschließlich den Erstanwendungseffekt aufgrund der Einführung des BilMoG in 2010 beim Ansatz von Rückstellungen.

(10) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der ausgewiesene Ertrag aus Steuern vom Einkommen und Ertrag (48,6 Mio. EUR) resultiert im Wesentlichen aus der Aktivierung von aktiven latenten Steuern (58,3 Mio. EUR). Dem steht ein Aufwand bei den tatsächlichen Steuern von im Saldo 9,7 Mio. EUR gegenüber. Darin enthalten ist ein aperiodischer Steuerertrag (3,6 Mio. EUR).

Sonstige Angaben

(11) Außerbilanzielles Geschäft / Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Holding in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004 und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Mit Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) die wesentlichen der von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine Kostenerstattung durch die LBB, die Berlin Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Einzahlungsverpflichtungen für die Beteiligungen der Holding bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Patronatserklärungen sind durch die Landesbank Berlin Holding AG nicht abgegeben.

Die Verpflichtungen aus Garantien betreffen die Haftung der Holding als Gesamtschuldner mit der Landesbank Berlin AG für alle von der Landesbank Berlin Finance (Ireland) plc emittierten Anleihen unter dem MTN-Programm in Höhe von 1.307,6 (i.Vj.: 1.717,8) Mio. EUR, die aus rechtlichen Gründen nicht im Rahmen der Ausgliederung des Geschäftsbetriebes auf die LBB übertragen werden konnten.

Aus dem Vertrieb eines geschlossenen Immobilienfonds ist die Holding verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Zur Abschirmung von sich daraus eventuell ergebenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 4 (i.Vj.: 0) Mio. EUR.

Daneben verbürgt die Holding 38 Zertifikate und Schuldverschreibungen in Höhe von 266,9 (i.Vj.: 305,0) Mio. EUR, die sie in der Vergangenheit emittiert und in 2006 auf die LBB übertragen hat.

Die zugunsten verbundenen Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen gegenüber Dritten waren nicht zu passivieren, da davon auszugehen ist, dass die zugrundeliegenden Verbindlichkeiten durch die verbundenen Unternehmen voraussichtlich erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

Die Holding hat keine Dienstverträge mit Beschäftigten abgeschlossen. Die Durchführung der Geschäfte erfolgt durch das Tochterunternehmen LBB im Wege einer Geschäftsbesorgung.

Entlehene Wertpapiere in Höhe von 219 Mio. EUR werden zur besicherten Refinanzierung verwendet.

(12) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die den Vorstand der Obergesellschaft Holding bildenden Herren Dr. Evers und Müller (seit 01.01.2011; bis 31.12.2010 Herr Dr. Veit) sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Unabhängig von ihrer organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Dienstverträge der Herren Dr. Evers und Müller sowie auch die sie betreffenden Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind.

Die LBB, die auf dieser vertraglichen Grundlage die Vorstandsbezüge für die beiden im Doppelband tätigen Vorstandsmitglieder zahlt, erhält von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten, jährlich auf seine Angemessenheit zu überprüfenden Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 TEUR je Vorstandsmitglied bzw. 6 TEUR für den Vorstandsvorsitzenden. Hierfür wurden von der Holding im Jahre 2010 132 (i.Vj.: 128) TEUR als Aufwandsersatz erstattet.

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2010	2009
Gesamtbezüge des Vorstands	0	0
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats ¹⁾	389	390

¹⁾ ohne Umsatzsteuer

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im **Geschäftsjahr 2010** folgende Vergütungen von der LBB:

in TEUR	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 ¹⁾		
Mitglieder des Vorstands				
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB)	850	216	45	1.111
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(330)</i>			
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	709	228	33	970
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(300)</i>			
Summe Organmitglieder LBB H	1.559	444	78	2.081
Serge Demolière (LBB)	1.014	108	57	1.179
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(489)</i>			
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	651	126	45	822
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Martin K. Müller (LBB)	675	126	34	835
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(290)</i>			
Patrick Tessmann ³⁾	375	0	34	409
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(188)</i>			
Vergütung 2010 gesamt LBB	4.274	804	248	5.326

¹⁾ Im März 2010 hat der Aufsichtsrat über die erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen entschieden, die zu 60 % ausgezahlt und in die Vergütung 2010 einbezogen wurden. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt.

²⁾ Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 141 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 TEUR; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Der im Vorjahr noch einbezogenen Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung wurde nicht mehr mit einbezogen.

³⁾ Herr Tessmann wurde mit Wirkung zum 1. April 2010 in den Vorstand der LBB bestellt.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im **Geschäftsjahr 2009** folgende Vergütungen von der LBB:

in TEUR	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2008 ¹⁾		
Mitglieder des Vorstands				
Hans Jörg Vetter (LBB H, LBB) ³⁾	483	0	13	496
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(231)</i>			
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB) ⁴⁾	425	0	22	447
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(165)</i>			
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	709	0	33	742
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(300)</i>			
Summe Organmitglieder LBB H	1.617	0	68	1.685
Serge Demolière (LBB)	1.008		34	1.042
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(489)</i>			
Dr. Johannes Evers (LBB) ⁵⁾	321	0	24	345
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(123)</i>			
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	646	0	44	690
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Martin K. Müller (LBB)	675	0	38	713
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(290)</i>			
Vergütung 2009 gesamt LBB	4.267	0	208	4.475

¹⁾ Für die im Geschäftsjahr 2008 erbrachte Tätigkeit sind keine erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen geleistet worden.

²⁾ Die Sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 102 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 103 TEUR; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten Sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

³⁾ Herr Vetter ist mit Ablauf des 10. Juni 2009 aus dem Vorstand der LBB Holding und der LBB als Mitglied und Vorsitzender ausgeschieden.

⁴⁾ Für die Tätigkeit von Herrn Dr. Evers ab dem 1. Juli 2009 als Mitglied und Vorsitzender des Vorstands der LBB H und der LBB.

⁵⁾ Für die Tätigkeit von Herrn Dr. Evers als Mitglied des Vorstands der LBB bis 30. Juni 2009.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Die Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a, Satz 6 bis 8 HGB sind im Lagebericht enthalten.

Folgende Leistungen wurden für aktive Vorstandsmitglieder durch die LBB aufgewandt oder zurückgestellt:

TEUR	Aufwand/Zuführung zu Rückstellungen in 2010 ¹⁾	Bilanzierte Pensions-rückstellung	Barwert des Versorgungsanspruchs per 31.12.2010
Mitglieder des Vorstands			
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB)	9	1.328	2.496
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	-293	2.351	3.522
Summe Organmitglieder LBB H	-284	3.679	6.018
Serge Demolière (LBB)	12	1.392	1.940
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	29	1.375	2.377
Martin K. Müller (LBB)	90	1.159	1.202
Patrick Tessmann (LBB) ²⁾	154	154	154
Vergütung gesamt LBB	1	7.759	11.691

¹⁾ in 2010 aufgewandter oder zurückgestellter Betrag (inkl. 1/15 Erstanwendung BilMoG).

²⁾ für Herrn Tessmann werden bedingt durch seinen Eintritt zum 1. April 2010 die Pensionsverpflichtungen in vollem Umfang gebildet.

Die für das **Geschäftsjahr 2010** an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeit (jeweils ohne Umsatzsteuer):

in TEUR	2010	2009		2010	2009
Mitglieder des Aufsichtsrats			Mitglieder des Aufsichtsrats		
Heinrich Haasis	45,0	45,0	Michael Jänichen	25,0	20,6
Bärbel Wulff	35,0	35,0	Daniel Kasteel	15,0	15,0
Gregor Böhmer ¹⁾	-	11,0	Thomas Mang	25,0	20,6
Dagmar Brose ¹⁾	-	6,7	Astrid Maurer ¹⁾	-	6,7
Hans Jörg Duppré	15,0	15,0	Frank Meysel ²⁾	15,0	8,4
Michael Dutschke ²⁾	15,0	8,4	Wolfgang Pansegrau ²⁾	15,0	8,4
Christina Förster	15,0	15,0	Andreas Rohde ¹⁾	-	6,7
Gerhard Grandke ²⁾	15,0	8,4	Helmut Schleweis ⁴⁾	12,7	-
Artur Grzesiek	15,0	15,0	Peter Schneider	15,0	15,0
Sascha Händler	15,0	15,0	Friedrich Schubring-Giese	15,0	15,0
Gerald Herrmann ²⁾	15,0	8,4	Joachim Tonndorf ¹⁾	-	11,0
Jürgen Hilse ³⁾	11,5	25,0	Dr. Harald Vogelsang	15,0	15,0
Claus Friedrich Holtmann	15,0	15,0	Frank Wolf	25,0	25,0
Summe				389,2	390,3
zuzügl. USt				56,9	57,0
Gesamtaufwand				446,1	447,3

¹⁾ Mitglied bis 9. Juni 2009

²⁾ Mitglied seit 9. Juni 2009

³⁾ Mitglied bis 15. Juni 2010

⁴⁾ Mitglied seit 15. Juni 2010

(13) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Holding in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in der Anlage 1 und Anlage 2 zum Anhang dargestellt.

(14) Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex erforderlichen Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden im Internetauftritt der Holding veröffentlicht.

Einzelheiten zum Erwerb oder zur Veräußerung von Aktien durch Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder werden im Internetauftritt der Holding unter „Meldepflichtige Geschäfte gemäß § 15a WpHG“ veröffentlicht. Sowohl der Aktienbesitz eines einzelnen Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieds als auch der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder liegen unter 1 % der von der Holding ausgegebenen Aktien (Ziffer 6.6 DCGK).

(15) Verzeichnis des Anteilsbesitzes

gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a sowie 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB

Zielwährung/Einheit: EUR / in Tsd.

Verbundene Unternehmen

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
1.	BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ^{1) 4) 11)}	100,00	EUR	5.528	2.830
2.	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	-1.841	35
3.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ^{2) 4) 11)}	100,00	EUR	51	0
4.	Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ^{1) 4) 8)}	100,00	EUR	26	0
5.	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin ^{1) 3) 4) 11)}	99,66	EUR	830.903	0
6.	Beteiligungsgesellschaft B & E Maßnahmen mbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	22	-3
7.	B & E Maßnahme Naumburg GmbH, Leipzig ^{1) 8)}	100,00	EUR	25	0
8.	B & E Maßnahme Wustermark GmbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	-617	-642
9.	Crown Court I LLC, City of Wilmington/Delaware ^{1) 11)}	100,00	EUR	-30.211	-10.702
10.	Crown Court Property London Ltd., London ^{1) 12) 14)}	100,00	GBP	16.000	595
11.	egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin ^{1) 8)}	94,00	EUR	-1.642	-24
12.	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	760	338
13.	FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	-27	359
14.	FURIS Verwaltung GmbH, Pullach, ^{1) 8)}	100,00	EUR	13	1
15.	FURIS Verwaltung GmbH & Co. KG, Pöcking ^{1) 8)}	100,00	50,00 EUR	23	3
16.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00	EUR	100	0
17.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin ^{1) 4) 11)}	100,00	EUR	9.436	0
18.	GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00	EUR	-925	-997
19.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin ^{1) 8)}	76,71	EUR	-24.512	-1.314
20.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ^{1) 12)}	99,93	EUR	-8.688	327
21.	Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR - STADT UND LAND- Fonds 1 -, Berlin ^{1) 8)}	60,22	EUR	3.834	1
22.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München ^{1) 8)}	78,10	EUR	45	-6
23.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 4) 8)}	100,00	EUR	26	0
24.	HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking ^{1) 8)}	92,49	92,47 EUR	87	-48
25.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	19	0
26.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	117	2
27.	Landesbank Berlin AG, Berlin ^{4) 12)}	100,00	EUR	2.861.243	0
28.	Landesbank Berlin International S.A., Luxembourg ^{1) 3) 12)}	100,00	EUR	168.984	23.813
29.	Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ^{4) 12)}	100,00	EUR	10.660	0
30.	Lausitzring GmbH & Co. KG i. L., Klettwitz ^{1) 8)}	70,00	EUR	-84.277	44
31.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin ^{1) 11)}	100,00	EUR	1.351	10
32.	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin ^{1) 4) 11)}	100,00	EUR	5.880	0
33.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ^{1) 4) 11)}	100,00	EUR	1.460	0
34.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg ^{1) 12)}	100,00	EUR	3.200	0
35.	Linden Grundstücks GmbH, Berlin (ehemals DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin) ^{1) 8)}	100,00	EUR	104	0
36.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ^{1) 12)}	74,99	EUR	21.110	-2.674
37.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	99	16
38.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	2	-3
39.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin , Berlin ^{1) 4) 11)}	100,00	EUR	1.036	0
40.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	545	15
41.	Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg ^{1) 7)}	75,00	EUR	46	1
42.	Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg ^{1) 7)}	75,00	EUR	499	-262

Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.

43.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin ^{1) 8)}	47,47	EUR	32.305	2.263
44.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 8)}	30,00	EUR	77	5
45.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main ^{1) 10)}	25,10	EUR	13.338	4.413
46.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin ^{1) 8)}	21,79	EUR	8.488	112
47.	BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ^{1) 8)}	45,00	EUR	2.902	-1.225
48.	BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 8)}	45,00	EUR	31	1
49.	BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover ^{1) 8)}	50,00	EUR	1.144	13
50.	CidSI Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin ^{1) 8)}	50,00	EUR	145	11
51.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin ^{1) 8)}	49,00	EUR	-211	-28
52.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. I., Berlin ^{1) 6)}	49,00	EUR	3	-1
53.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. I., Berlin ^{1) 8)}	48,48	EUR	-2.987	-2.987
54.	GbR TOCOTAX ^{1) 8)}	0,00	33,33 EUR	0	-171
55.	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkau, Berlin ^{1) 8)}	50,00	EUR	-1.149	43
56.	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München ^{1) 8)}	39,60	20,00 EUR	25	0
57.	NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover ^{1) 8)}	0,00	50,00 EUR	328	49
58.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum ^{1) 12)}	42,39	EUR	99	-11
59.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin ^{1) 5)}	0,00	40,00 EUR	0	0
60.	SDZ Südbayern GmbH, Schwabmünchen ^{1) 13)}	30,00		k. A.	k. A.
61.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG - Zweiter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin ^{1) 8)}	26,80	EUR	30.280	3.604
62.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München ^{1) 11)}	49,00	36,30 EUR	-2.780	214

1 Mittelbar gehalten.

2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.

3 Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Landesbank Berlin AG gem. Abdruck unter Ziffer (...) des Anhangs

4 Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag

5 Es liegen Daten zum 31.12.2007 vor.

6 Es liegen Daten zum 31.12.2008 vor.

7 Es liegen Daten zum 30.09.2009 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.

8 Es liegen Daten zum 31.12.2009 vor.

9 Zahlen aus JA/Anteilsbesitz der Muttergesellschaft (Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien GmbH)

10 Es liegen Daten zum 30.09.2010 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.

11 Es liegen Daten zum 31.12.2010 vor.

12 Es liegen vorläufige Daten zum 31.12.2010 vor.

13 Die Gesellschaft wurde in 2010 gegründet, ein JA liegt noch nicht vor.

Kurs vom 31.12.2010

14 1 EUR = 0,8607 GBP

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin Holding AG

Gesellschaft
1. Landesbank Berlin AG, Berlin
2. Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin

Organe der Landesbank Berlin Holding AG

Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG

Dr. Johannes Evers
Vorsitzender

Martin K. Müller
ab 1. Januar 2011

Dr. Thomas Veit
bis 31. Dezember 2010

Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG

Heinrich Haasis Vorsitzender	Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands
Bärbel Wulff *) stellv. Vorsitzende	stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Hans Jörg Duppré	Präsident des Deutschen Landkreistages
Michael Dutschke *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Referent Informationstechnologie der Landesbank Berlin AG
Christina Förster *)	Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
Gerhard Grandke	Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen
Artur Grzesiek	Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn
Sascha Händler *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Spezialist/Teamkoordinator Internationales Geschäft der Landesbank Berlin AG

Gerald Herrmann *)	Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin
Jürgen Hilse bis 15. Juni 2010	ehem. Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen
Claus Friedrich Holtmann	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands
Michael Jänichen *)	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG
Daniel Kasteel *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Mitarbeiter im Projektmanagement des Bereichs Informationstechnologie der Landesbank Berlin AG
Thomas Mang	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
Frank Meysel *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Mitarbeiter im Bereich Compliance der Landesbank Berlin AG
Wolfgang Pansegrau *)	stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Helmut Schleweis ab 15. Juni 2010	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg
Peter Schneider	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
Friedrich Schubring-Giese	Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern
Dr. Harald Vogelsang	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
Frank Wolf *)	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

*) Arbeitnehmervertreter

Berlin, 15. Februar 2011

Der Vorstand

Dr. Evers

Müller

Anlagen

Anlage 1:	Mandate von Mitgliedern des Vorstands (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB a.F.)
Anlage 2:	Mandate von Mitgliedern des Aufsichtsrats (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB a.F.)

Mandate des Vorstands nach § 285 Nr. 10 HGB

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten
- a)* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main (bis 24.06.2010)
- a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
 - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg (bis 31.05.2010)
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
 - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart (seit 15.03.2010, zuvor stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main (bis 16.04.2010)
 - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover (bis 13.04.2010)
- Mitglied des Beirats der
 - BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin (bis 17.06.2010)
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
 - Visa Europe Limited, London
- Mitglied des Verwaltungsrats der
 - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

Martin K. Müller

Mitglied des Vorstands (seit 01.01.2011)

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
- Mitglied des Verwaltungsrats der
 - Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg

Dr. Thomas Veit

Mitglied des Vorstands (bis 31.12.2010)

Mitglied des Vorstands der LBB AG (bis 31.12.2010)

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main (bis 24.06.2010)
- a)* Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin (bis 04.01.2011 Vorsitzender des Aufsichtsrats)
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (bis 31.03.2010)
- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin (bis 05.12.2010)
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (bis 31.12.2010)

Mandate des Aufsichtsrats nach § 285 Nr. 10 HGB zum Stichtag 31. Dezember 2010 bzw. Datum des Ausscheidens

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
- *¹) Arbeitnehmersvertreter

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Vorsitzender

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Deutsche Sparkassen Leasing Verwaltungs-AG, Bad Homburg
 - Landesbank Berlin AG, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- Deutsche Leasing AG, Bad Homburg

- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
 - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Mitglied des Verwaltungsrats der

- Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a. M.
- Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt a. M.

Mitglied des Aufsichtsrats des

- Universitätsklinikum, Tübingen

Bärbel Wulff *¹)

stellv. Vorsitzende

stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

- a) stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin AG, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Vermögensverwaltung der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) GmbH, Berlin

Hans Jörg Duppré

Präsident des Deutschen Landkreistages

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Flugplatz GmbH Aeroville, Zweibrücken

Michael Dutschke *¹)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Referent Informationstechnologie der Landesbank Berlin AG

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Christina Förster *)

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

 - SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart

Mitglied des Aufsichtsrats der

 - Landesbank Berlin AG, Berlin
- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
 - Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt a. M. und Erfurt

Mitglied des Verwaltungsrats der

 - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Mitglied des Aufsichtsrats der

 - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.

Artur Grzesiek

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Zoo Duisburg AG, Duisburg (bis 28. Januar 2010)

Mitglied des Aufsichtsrats der

 - Landesbank Berlin AG, Berlin
 - VEMAG Verlags und Medien AG, Köln

Sascha Händler *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Spezialist/Teamkoordinator im Bereich Internationales Geschäft der Landesbank Berlin AG

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Gerald Herrmann *)

Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin AG, Berlin
 - Talanx AG, Hannover
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.

Jürgen Hilse

(bis 15. Juni 2010)

ehem. Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin AG, Berlin (bis 14. Juni 2010)

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - AFL Finanzleasing GmbH, Göppingen
 - Frischauf! Management und Marketing GmbH, Göppingen

Vorsitzender des Hochschulrats der
 - Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen

Vorsitzender des Beirats der
 - Wiedmann & Winz Internationale Spedition GmbH, Geislingen an der Steige

Claus Friedrich Holtmann

Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, Potsdam

Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin AG, Berlin
 - Sparkassen-Versicherung Sachsen Holding AG, Dresden

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a.M.

Michael Jänichen *)

Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin AG, Berlin

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
 - MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam

Mitglied des Bundesbeirats der
 - Deutsche Leasing AG, Bad Homburg v.d.H.

Daniel Kasteel *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Mitarbeiter im Projektmanagement des Bereichs Informationstechnologie der Landesbank Berlin AG

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der

- Landesbank Berlin AG, Berlin
- Alte Oldenburger Beteiligungsgesellschaft AG, Vechta

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin und Hannover

- stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen
 - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart
 - Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover
 - Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover
 - Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover
 - Öffentliche Versicherung Braunschweig, Braunschweig
 - Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg, Oldenburg
 - Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg
 - Porzellanmanufaktur Fürstenberg GmbH, Fürstenberg

- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a.M.
 - NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Hannover
 - Sparkassen International Development Trust GmbH, Berlin
 - Förderungsgesellschaft des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes mbH, Hannover

- Mitglied im Verwaltungsrat der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Frank Meysel *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Mitarbeiter im Bereich Compliance der Landesbank Berlin AG

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Wolfgang Pansegrau *)

stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

Helmut Schleweis

(ab 15. Juni 2010)

Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin (ab 14. Juni 2010)
 - Handwerk Media AG, Ubstadt-Weiher
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
 - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.
 - MehrWert Servicegesellschaft mbH, Düsseldorf

- Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Peter Schneider

Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart
- SV SparkassenVersicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Badische Allgemeine Versicherungs AG, Karlsruhe
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- S.V. Holding AG, Dresden
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Sparkassen-Beteiligungen Baden-Württemberg, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Baden-Württembergische Bank, Stuttgart
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.
- Mitglied des Aufsichtsrats des
- Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
- Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart (ab 8. November 2010)
- Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- LBBW Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart (bis 8. November 2010)
- LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz, Mainz
- Rheinland-Pfalz Bank, Mainz
- Sachsen Bank, Leipzig
- Mitglied des Verwaltungsrats der
- Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.
- Vorsitzender der Trägerversammlung der
- LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender der Trägerversammlung der
- LBBW Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart (bis 8. November 2010)
- LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz, Mainz

Friedrich Schubring-Giese

Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Consal Beteiligungs-AG, München ¹⁾
 - Bayerische Beamtenkrankenkasse AG, München ¹⁾
 - Union Krankenversicherung AG, Saarbrücken ¹⁾
 - Feuersozietaät Berlin Brandenburg Versicherung AG, Berlin ¹⁾
 - Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG, Berlin ¹⁾
 - SAARLAND Feuerversicherung AG, Saarbrücken ¹⁾
 - SAARLAND Lebensversicherung AG, Saarbrücken ¹⁾

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Deutsche Rückversicherung AG, Düsseldorf
- ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, Düsseldorf
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Holding AG, Dresden
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- DR Swiss Deutsche Rückversicherung Schweiz AG, Zürich
 - Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
 - Mehrwert Servicegesellschaft mbH, Düsseldorf

Dr. Harald Vogelsang

Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg/Bremen

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Landesbank Berlin AG, Berlin

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
 - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart

Mitglied des Verwaltungsrats der

- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Frank Wolf ^{*)}

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
 - LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, Potsdam

¹⁾ Konzernmandat

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 2. März 2011

PricewaterhouseCoopers

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Berlin, den 2. März 2011

Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Martin K. Müller

Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns 2010

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den für das Geschäftsjahr 2010 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gesellschaft in Höhe von 140.807.616,52 € wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende von 0,14 €

je dividendenberechtigter Stückaktie:	139.905.901,80 €
Gewinnvortrag:	901.714,72 €

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2010 in fünf Plenumsitzungen sowie in neun Ausschuss-Sitzungen – davon drei Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich wie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der Holding und der Landesbank Berlin AG (LBB) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit

Gegenstand der Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der Strategischen Geschäftsfelder sowie über die aktuelle Lage der Holding und des Konzerns.

In der Sitzung vom 9. Februar 2010 berichtete der Vorstand über erste Indikationen zur Geschäftsentwicklung per 31. Dezember 2009 und erörterte mit dem Aufsichtsrat den Verlauf des zurückliegenden Geschäftsjahres. Ferner hat sich der Aufsichtsrat mit weiteren Inhalten im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung, insbesondere der Ausgestaltung der variablen Vergütung und dem Selbstbehalt in der D & O-Versicherung sowie mit der Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme befasst. Zudem hat der Aufsichtsrat die jährliche DCGK-Entsprechenserklärung beschlossen.

Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 26. März 2010 wurden dem Aufsichtsrat die Berichte des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, am 10. März 2010 übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgte die Berichterstattung des Vorstands über das Geschäftsjahr 2009. Dem schloss sich der Bericht des Wirtschaftsprüfers und die Beratung und Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Lage- und Konzernlageberichts der Holding zum 31. Dezember 2009 einschließlich des Vorschlags über die Verwendung des Bilanzgewinns 2009 an. Weitere Themen dieser Sitzung waren die Beschlussfassung über den Bericht des Aufsichtsrats, über die Einberufung und die Tagesordnung sowie die Beschlussvorschläge für die ordentliche Hauptversammlung am 15. Juni 2010 einschließlich des Vorschlags für die Wahl des Abschlussprüfers. Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zum Vergütungsbericht 2009 nahm der Aufsichtsrat die regelmäßige Überprüfung des Vergütungssystems vor. Zudem überprüfte der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Tätigkeit anhand einer Checkliste. Der Aufsichtsrat bestellte gemäß § 33 MitbestG Herrn Dr. Johannes Evers zum Arbeitsdirektor.

In der Sitzung am 15. Juni 2010 vor Beginn der Hauptversammlung hat sich der Aufsichtsrat neben der ausführlichen Berichterstattung durch den Vorstand über die Geschäftsentwicklung der ersten vier Monate zudem über das Stiftungskonzept der LBB und die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft mit der Deutschen Leasing AG (S-Kreditpartner GmbH) zur Bündelung der Aktivitäten im Auto- und Konsumentenfinanzierungsgeschäft informieren lassen.

Am 10. September 2010 erörterte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand u. a. die Effekte aus der Umsetzung der neuen Empfehlungen zu den Eigenkapitalanforderungen für Banken (Basel III) für die LBB. Ferner fasste der Aufsichtsrat einen Vorratsbeschluss zu Organkrediten und beschloss die Prüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr 2010. Er befasste sich mit der Nachfolge für Herrn Dr. Veit, dessen Mandat zum 31.12.2010 auf seinen Wunsch hin auslief, und bestellte Herrn Martin K. Müller zum Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG. Ferner informierte er sich über das Projekt ‚Wege zum Kunden‘ der Berliner Sparkasse sowie über die Einrichtung des Vergütungsausschusses in der LBB. Einen weiteren Schwerpunkt der Aufsichtsrats Tätigkeit bildete die Diskussion und Zustimmung zum Kauf der Anteile der Nord/LB an der Berlin Hannoversche Hypothekenbank

(Berlin Hyp) und der Abschluss eines Gewinnabführungsvertrags sowie die Übernahme der verbliebenen Minderheitsanteile an der Berlin Hyp.

In der letzten Sitzung des Aufsichtsrats im Berichtsjahr am 19. November 2010 berichtete der Vorstand über die Ergebnisse zum III. Quartal sowie die aktuelle Geschäftsentwicklung. Ferner hat sich der Aufsichtsrat über den Stand der OS-Plus Migration sowie das Dienstleistungsangebot der LBB für andere Sparkassen informieren lassen und die Mittelfristplanung 2011 – 2015 beraten. Der Aufsichtsrat hat eine Empfehlung an die Hauptversammlung zur Prüferbestellung ab dem Geschäftsjahr 2011 ausgesprochen und die Risikostrategie zur Kenntnis genommen.

Außerhalb der Sitzungen wurden vom Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2010 fünf Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Jahr 2010 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 durch den aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildeten Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss (BPS-Ausschuss) unterstützt. Der BPS-Ausschuss trat im Berichtsjahr in neun Sitzungen zur Vorberatung von Beschlussfassungen des Plenums zusammen; drei der Sitzungen wurden als Telefonkonferenzen abgehalten. Gegenstand dieser Telefonkonferenzen war die Erörterung des jeweiligen Zwischenberichts zum 31. März 2010, 30. Juni 2010 und 30. September 2010 mit dem Vorstand vor seiner Veröffentlichung. Schwerpunktmäßig befasste sich der BPS-Ausschuss insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements sowie mit Personalangelegenheiten, die den Vorstand betrafen. Zudem befasste er sich vertieft mit strategischen Fragen und Vorgängen von besonderer Bedeutung.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit des BPS-Ausschusses berichten lassen. Alle Mitglieder des BPS-Ausschusses haben im Berichtsjahr an mehr als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss trat im Jahr 2010 nicht zusammen.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat hat die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) intensiv erörtert. Im Frühjahr 2010 hat der Aufsichtsrat seine Arbeit einer Effizienzprüfung unterzogen. Die Ergebnisse dieser Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat. Im Februar 2011 haben Vorstand und Aufsichtsrat die DCGK-Entsprechenserklärung zur Fassung des Kodex vom 26. Mai 2010 abgegeben. Die Einzelheiten sind dem Corporate Governance-Bericht zu entnehmen. Aufgrund der weitgehend personenidentischen Besetzung wurde für die Aufsichtsräte der Holding und der LBB ein gemeinsamer Bericht erstellt. Ein Mitglied des Aufsichtsrats nahm aufgrund eines anderen ausgeübten Mandats an der Beschlussfassung über die Beteiligungsangelegenheit ‚Berlin Hyp AG – Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Anteilseignerstruktur‘, zu der auch die Zustimmung zum Erwerb der Anteile der Nord/LB an der Berlin Hyp gehörte, nicht teil. Weitere potentielle Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr bei Aufsichtsrat oder Vorstand nicht auf.

Die Entsprechenserklärung der Landesbank Berlin Holding AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.lbb-holding.de abrufbar.

Weitere Informationen zur Corporate Governance im Unternehmen sowie ein ausführlicher Bericht zu Höhe und Struktur der Vergütung von Aufsichtsrat und Vorstand sind den entsprechenden Kapiteln des Geschäftsberichts zu entnehmen.

Personalia Vorstand

Am 10. September 2010 hat der Aufsichtsrat Herrn Martin K. Müller mit Wirkung vom 1. Januar 2011 zum Nachfolger für den am 31. Dezember 2010 in den Ruhestand getretenen Herrn Dr. Thomas Veit bestellt. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Dr. Veit für seine langjährige verdienstvolle Tätigkeit als Mitglied des Vorstands der Holding.

Personalia Aufsichtsrat

Mit Ablauf der Hauptversammlung der Landesbank Berlin Holding AG am 15. Juni 2010 legte Herr Jürgen Hilse sein Mandat im Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG nieder. Als Nachfolger von Herrn Hilse hat die Hauptversammlung am 15. Juni 2010 Herrn Helmut Schleweis bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt Herrn Hilse für sein Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit.

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 100 Abs. 5 AktG an den Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung erfüllt sind.

Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Aufsichtsrat hat eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2010 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erteilte der Holding für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 den folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Gegen die Schlusserklärung des Vorstands im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gem. § 312 AktG hat der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben.

Jahresabschluss 2010

Der vorliegende Jahresabschluss der Holding mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der Holding mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2010 wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats beim Abschlussprüfer über deren Inhalt und Ablauf. Der Jahresabschluss der Holding wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der Holding nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht und dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten des Wirtschaftsprüfers rechtzeitig vor den jeweiligen Bilanzsitzungen des BPS-Ausschusses und des Aufsichtsrats den Gremien zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie des BPS-Ausschusses nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlagen. In der gemeinsamen Erörterung ging er eingehend auf die Fragen der Gremienmitglieder ein. Der Aufsichtsrat hat sich gem. DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der Holding und des Konzerns Holding zum 31. Dezember 2010 in seiner Sitzung vom 25. März 2011 gebilligt. Der Jahresabschluss der Holding gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt. Der Aufsichtsrat stimmte dem Vorschlag des Vorstands zu, den für das Geschäftsjahr 2010 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gesellschaft in Höhe von 140.807.616,52 € wie folgt zu verwenden: Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 0,14 € je dividendenberechtigter Stückaktie, insgesamt 139.905.901,80 €, und Gewinnvortrag in Höhe von 901.714,72 €.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2010 in einem weiteren für die gesamte Finanzbranche schwierigen Jahr erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2011

Der Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Vorsitzender

Corporate Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat messen klaren und effizienten Regeln zur Führung und Kontrolle des Unternehmens und seiner Tochtergesellschaften hohe Bedeutung bei. Die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) werden als Leitlinien guter Unternehmensführung verstanden. Aufsichtsrat und Vorstand handeln in dem Bewusstsein, dass eine gute Corporate Governance im Interesse der Kapitalmärkte liegt und eine wichtige Basis für den Erfolg der Konzerngesellschaften und damit auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellt. Zudem ist die Einhaltung der Corporate Governance Regelungen für das Unternehmen ein wichtiger Faktor zur Sicherung des Vertrauens in der Öffentlichkeit.

Die Konzerngesellschaften orientieren sich unabhängig von ihrer Rechtsform an den Empfehlungen des DCGK, soweit seine Grundsätze übertragbar und für die Umsetzung eines konzernweiten Leitbildes von Bedeutung sind.

Im Interesse einer einheitlichen Handhabung hat insbesondere auch die nicht börsennotierte Landesbank Berlin AG (LBB) die freiwillige Anwendung der Corporate Governance Grundsätze beschlossen. Dies ist daher ein gemeinsamer Corporate Governance Bericht der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und der LBB. Die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG erläutert ihre Grundsätze in einem eigenen Corporate Governance Bericht, einschließlich Entsprechenserklärung.

Vorstand

Die Vorstände der Holding und der LBB bekennen sich zu den Grundsätzen einer guten, verantwortungsvollen, effizienten und auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichteten Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle. Sie leiten das jeweilige Unternehmen in eigener Verantwortung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzungen und der Geschäftsordnungen sowie der unternehmensinternen Richtlinien und wirken auf deren Beachtung durch die Konzerngesellschaften hin. Die Vorstände der Holding und der LBB sorgen für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Konzern. Sie entwickeln die strategische Ausrichtung der jeweiligen Gesellschaft, stimmen sie mit ihrem Aufsichtsrat ab und stellen deren Umsetzung sicher.

Bei der Besetzung von Führungsfunktionen wird auf Vielfalt geachtet und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen angestrebt. Die LBB fühlt sich seit vielen Jahren der Förderung der Chancengleichheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichtet. In Bereichen, in denen Frauen unter-

repräsentiert sind, sollen sie bei der Stellenbesetzung bei gleichwertiger Qualifikation vorrangig berücksichtigt werden. Chancengleichheit wird erreicht, wenn Begabung, Potential und Kompetenz beider Geschlechter gleichermaßen anerkannt und gefördert werden. Nähere Informationen zur Förderung der Chancengleichheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind in der Erklärung zur Unternehmensführung unter dem Link www.lbb-holding.de/corporate-governance veröffentlicht.

Die Vorstände der Holding und der LBB informieren ihren Aufsichtsrat jeweils umfassend und zeitnah über die Geschäftsentwicklung ihrer Gesellschaft, über die Planung, die Risikosituation, das Risikomanagement sowie die Compliance und gegebenenfalls über Abweichungen in der Geschäftsentwicklung von der ursprünglichen Planung. Weder der Vorstand der Holding noch der der LBB unterlag bei der Umsetzung seiner Aufgaben Interessenkonflikten.

Die Zusammensetzung der Vorstände der Holding und der LBB und die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind im jeweiligen Lage- und Konzernlagebericht dargestellt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Holding besteht aus 20 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes aus je zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Der Aufsichtsrat der LBB besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich ebenfalls nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes zusammen. In ihm sind jeweils acht Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner und der Arbeitnehmer vertreten. Die Aufsichtsratsgremien der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Die Zusammensetzung der Aufsichtsratsgremien insgesamt soll nach Auffassung der Aufsichtsräte den Grundsätzen der Vielfalt (Diversity) entsprechen. Die Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat werden in der Hauptversammlung gewählt. Die Arbeitnehmer wählen ihre Vertreter gemäß den Regeln des Mitbestimmungsgesetzes in einer eigenen Wahl. Auf die Auswahl der Aufsichtsratskandidaten der Arbeitnehmer kann der Aufsichtsrat keinen Einfluss nehmen.

Für seine Zusammensetzung hat der Aufsichtsrat entsprechend der Empfehlung in Ziffer 5.4.1 DCGK konkrete Ziele beschlossen:

Der Aufsichtsrat soll so besetzt sein, dass eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands durch den Aufsichtsrat sichergestellt ist. Die zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten sollen aufgrund ihrer Kenntnisse, Fähigkeiten und

fachlichen Erfahrungen in der Lage sein, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds in einer Bankgruppe mit einem regional auf Berlin-Brandenburg ausgerichteten Privat- und Firmenkundengeschäft sowie einem überregionalen Kapitalmarkt- und Immobilienfinanzierungsgeschäft wahrzunehmen.

Angesichts des Schwerpunktes der Geschäftstätigkeit innerhalb Deutschlands sowie des besonderen Fokus auf die Region Berlin-Brandenburg sind erhöhte Anforderungen an die internationalen Erfahrungen der Aufsichtsratsmitglieder nicht zwingend erforderlich.

Bei den Wahlvorschlägen soll der Aufsichtsrat insbesondere auf eine angemessene Beteiligung von Frauen achten. Bereits bei der Prüfung potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Gegenwärtig sind bei der Holding zwei Frauen und bei der LBB ebenfalls zwei Frauen im Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diese Anzahl bei der nächsten Aufsichtsratswahl im Jahr 2014 mindestens zu wahren oder wenn möglich zu erhöhen.

Bei ihrer Wahl sollen die Aufsichtsratsmitglieder in der Regel nicht älter als 68 Jahre sein.

Dem Gremium gehört eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder an, die in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder zu deren Vorstand stehen. Darüber hinaus regelt die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat, dass Aufsichtsratsmitglieder keine Interessen verfolgen dürfen, die im Widerspruch zu den Interessen der Gesellschaft und ihrer Konzernunternehmen stehen.

Die Mitglieder beider Aufsichtsräte werden namentlich im jeweiligen Anhang und Konzernanhang der LBB und der Holding aufgeführt.

Die Aufsichtsräte der Holding und der LBB beraten und überwachen ihren jeweiligen Vorstand bei der Leitung der Gesellschaft und arbeiten vertrauensvoll und eng mit ihm zusammen.

Die Aufsichtsräte haben wesentliche Geschäftsvorgänge definiert, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Weiterhin haben sie Regelungen getroffen, die dazu dienen, Interessenkonflikten vorzubeugen. Der Vorstandsvorsitzende steht dabei in ständigem Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden. In beiden Aufsichtsräten wurden zur Steigerung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit und der Behandlung komplexer Sachverhalte Ausschüsse gebildet. Neben dem jeweiligen Vermittlungsausschuss und

dem Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss hat der Aufsichtsrat der LBB zusätzlich einen Kreditausschuss gebildet.

Die Tätigkeit der Aufsichtsräte sowie ihrer Ausschüsse regelt sich jeweils nach den Geschäftsordnungen dieser Gremien. Über die laufende Arbeit der Ausschüsse informieren die jeweiligen Vorsitzenden alle Aufsichtsratsmitglieder in der nachfolgenden Plenumsitzung. Die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse sowie die dort und im Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2010 behandelten wesentlichen Themen sind im Einzelnen jeweils dem Bericht des Aufsichtsrats der Holding beziehungsweise dem der LBB zu entnehmen. Der Bericht des Aufsichtsrats der Holding ist im Geschäftsbericht abgedruckt. Die beiden Aufsichtsratsgremien unterlagen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben - wie auch in den Vorjahren - keinen Interessenkonflikten.

Der Aufsichtsrat der börsennotierten Holding wie - auf freiwilliger Basis - der Aufsichtsrat der LBB haben auch im vergangenen Jahr eine Effizienzprüfung ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit vorgenommen. Diese wurde jeweils anhand einer detaillierten Prüfliste durchgeführt, die von jedem Aufsichtsratsmitglied individuell bewertet wurde. Im Ergebnis der abschließenden Auswertung beurteilten beide Aufsichtsratsgremien ihre Arbeit als effizient, neben organisatorischen Optimierungen wurde unter anderem die Kommunikation mit dem Vorstand intensiviert und die Anzahl der regelmäßigen Sitzungen erhöht. Die bestehenden Verbesserungsvorschläge wurden dem jeweiligen Vorstand mit der Bitte übermittelt, diese bei der künftigen Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat zu berücksichtigen.

Aktionäre und Hauptversammlung

Die Aktionäre der börsennotierten Holding nehmen ihre Rechte in der jährlichen Hauptversammlung wahr. Jede Aktie verbrieft das gleiche Stimmrecht. Die Hauptversammlung entscheidet über die ihr durch das Gesetz zugewiesenen Aufgaben, zu denen unter anderem die Gewinnverwendung, die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Bestellung des Abschlussprüfers, die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder, Satzungsänderungen und Kapitalmaßnahmen gehören. Den Vorsitz der Hauptversammlung führt grundsätzlich der Aufsichtsratsvorsitzende. Um den Aktionären die persönliche Wahrnehmung ihrer Rechte zu erleichtern, werden die notwendigen Unterlagen im Anschluss an die Einberufung im Internet veröffentlicht. Es besteht für die Aktionäre die Möglichkeit, einen Stimmrechtsvertreter mit der weisungsgebundenen Ausübung ihrer Stimmrechte zu beauftragen.

Transparenz

Die Mitglieder des Vorstands sowie des Aufsichtsrats der Holding haben im Geschäftsjahr 2010 keine meldepflichtigen Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen. Auch Organmitglieder der LBB, die nicht zugleich Führungsaufgaben bei der Holding wahrnehmen, haben im Geschäftsjahr 2010 keine Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen. Ein ebenfalls nach Ziffer 6.6 des DCGK angabepflichtiger Besitz von Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente durch Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder der Holding wie auch der LBB lag im Berichtsjahr nicht vor.

Vergütungsbericht

Das Vergütungssystem des Vorstands und des Aufsichtsrats wird in einem gesonderten Vergütungsbericht dargestellt. Zudem wird eine individualisierte Aufschlüsselung der Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgenommen und über die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten berichtet. Der Vergütungsbericht enthält auch Angaben zu der für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Konzerngesellschaften bestehenden Directors & Officers-Vermögensschadenversicherung (D&O-Versicherung). Um die Verantwortung der einzelnen Gremienmitglieder gegenüber der jeweiligen Gesellschaft und den Aktionären zu unterstreichen, wurde jeweils ein angemessener Selbstbehalt vereinbart.

Der Vergütungsbericht ist mit seiner Darstellung des Vergütungssystems im jeweiligen Lagebericht und Konzernlagebericht enthalten. Die personifizierte Angaben zu den Bezügen des Vorstands und den Leistungen für den Fall der regulären Beendigung der Vorstandstätigkeit sowie zu den Bezügen der Mitglieder des Aufsichtsrats sind im jeweiligen Anhang und Konzernanhang der LBB und der Holding dargestellt. Konzernlagebericht und Konzernanhang der Holding sind Teil des Geschäftsberichts.

Bilanzierung

Die Bilanzierung der Konzernabschlüsse erfolgt für das Geschäftsjahr 2010 für die Holding und für die LBB nach den International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die Einzelabschlüsse der Holding und der LBB werden gemäß den Vorschriften des HGB erstellt.

Zu den Jahres- und Konzernabschlüssen gehört jeweils auch ein ausführlicher Risikobericht, der über die Risikolage und das Risikocontrolling der Gesellschaften und des Konzerns informiert. Für den Konzernabschluss der Holding ist dieser dem Konzernlagebericht zu entnehmen.

Finanzpublizität

Aktionäre und interessierte Öffentlichkeit werden regelmäßig über die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Holding informiert. Neben dem Jahresabschluss werden Zwischenberichte in Form von Halbjahres- und Quartalsfinanzberichten veröffentlicht. Sämtliche kursrelevanten Unternehmensnachrichten werden als Ad-hoc-Mitteilungen publiziert. Zur zeitnahen und gleichzeitigen Information von Aktionären, Aktionärsvertretern, Analysten und Medien, auch über die wesentlichen Finanztermine, wird vorwiegend das Internet genutzt. Dort sind unter der Rubrik „Investor Relations“ auch die Geschäfts- und Zwischenberichte der Holding und der LBB sowie weitere Informationen von grundsätzlicher Bedeutung zu finden.

Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Gemäß der Fortentwicklung des Deutschen Corporate Governance Kodex zum 26. Mai 2010 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Holding die Entsprechenserklärung der Holding aktualisiert und wie folgt im Februar 2011 abgegeben.

Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 161 AktG

- § 1 Die Landesbank Berlin Holding AG entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz am 2. Juli 2010 im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit den unter § 2 genannten Ausnahmen.
- § 2 (a) In der D&O-Versicherung ist für die Mitglieder des Aufsichtsrats kein dem gesetzlichen Selbstbehalt für die Mitglieder des Vorstands entsprechender Selbstbehalt von mindestens 10 Prozent des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung vorgesehen (Ziff. 3.8 DCGK).

Der für die Mitglieder des Aufsichtsrats im Rahmen der D&O-Versicherung vereinbarte Selbstbehalt in Höhe einer halben Jahresfestvergütung hat sich bewährt und sollte daher nicht verändert werden. Der bestehende Selbstbehalt erfüllt den Regelungszweck und wird für angemessen gehalten, die Aufsichtsratsaufgaben pflichtgemäß und gewissenhaft wahrzunehmen, insbesondere die Geschäftsführungstätigkeit des Vorstands dahingehend zu überwachen, dass keine unangemessenen Risiken für das Unternehmen eingegangen werden. Einer Erhöhung des Selbstbehalts wird auch keine weitergehende verhaltenssteuernde Funktion beigemessen. Sie ist daher weder

erforderlich noch sachgerecht.

- (b) Bei dem Abschluss von Vorstandsverträgen wird nicht in jedem Fall in den Vertrag ein Abfindungs-Cap des Inhalts aufgenommen, dass bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, ohne dass ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, Abfindungszahlungen der Höhe nach einschließlich Nebenleistungen auf zwei Jahresvergütungen begrenzt sind (Ziff. 4.2.3 DCGK).

Durch die generelle Vereinbarung von Abfindungs-Caps wird die Möglichkeit genommen, die Umstände des jeweiligen Einzelfalls bei Vertragsabschlüssen oder -verlängerungen zu berücksichtigen. Daher soll stattdessen jeweils im Einzelfall entschieden werden, ob ein Abfindungs-Cap vereinbart wird.

- (c) Der Aufsichtsrat bildet keinen Nominierungsausschuss, der ihm für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt (Ziff. 5.3.3 DCGK).

Der Aufsichtsrat hält die Bildung eines Nominierungsausschusses, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt, angesichts der Besetzung des Aufsichtsrates auf der Anteilseignerseite derzeit für nicht notwendig. Die Anteilseignervertreter behandeln die vom DCGK für den Nominierungsausschuss empfohlenen Themen gemeinsam. Hierdurch wird auch ohne Errichtung eines separaten Ausschusses gewährleistet, dass der Aufsichtsrat seine Aufgabe zur Auswahl neuer Aufsichtsratsmitglieder qualifiziert erfüllen kann.

- (d) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine erfolgsorientierte Vergütung (Ziff. 5.4.6 DCGK).

Der Aufsichtsrat hat sich dafür entschieden, auf den dividendenabhängigen Teil der Aufsichtsratsvergütung zu verzichten, denn die Dividendenhöhe ist nach seiner Ansicht kein Maßstab für die Qualität einer verantwortungsvollen Aufsichtsratsarbeit. Eine daran ausgerichtete Vergütung erscheint daher als nicht zweckmäßig. Einen angemessenen Ausgleich für höheren Arbeitseinsatz und die Übernahme gesteigerter

Verantwortung stellen die zusätzlichen Vergütungskomponenten für die Tätigkeit in Ausschüssen und die Übernahme von Vorsitz und Stellvertretung in den Aufsichtsratsgremien ausreichend dar. Für eine verantwortungsvolle Aufsichtsratsarbeit ist aus dieser Sicht daher eine zusätzliche erfolgsabhängige Vergütung nicht zielführend.

§ 3 Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung im Februar 2010 entsprach die Landesbank Berlin Holding AG sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz am 5. August 2009 im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 18. Juni 2009 mit den unter § 2 genannten Ausnahmen.

Berlin, im Februar 2011

Vorstand und Aufsichtsrat

der Landesbank Berlin Holding AG